

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 14 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeile ober deren Raum 3,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mark, Reklamen 12,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

# Lübecker Volksbote

Nummer 58.

Donnerstag, den 9. März 1922.

29. Jahrgang.

## Deutschlands Leistungen und Lasten.

### 6 1/2 Milliarden Wiedergutmachungsleistungen.

Die Reparationskommission veröffentlicht eine amtliche Mitteilung, durch die sie die bis zum 31. Dezember 1921 von Deutschland erfolgten Leistungen bewertet. Die Liste lautet wie folgt:

I. Zahlung in Gold und ausländischen Devisen  
a) direkt von Deutschland bis 31. Dezember 1921 geleistete Zahlungen: 1 041 419 000 Goldmark.

b) Einnahme aus anderen Quellen, die für Rechnung Deutschlands erfolgt: 1. Zahlung Dänemarks für die Abtretung eines Teiles von Schleswig-Holstein 65 000 000 Goldmark. 2. Verkauf der zerstörten Kriegsmaterialien 40 960 000 Goldmark. 3. Versteigerung: 657 000 Goldmark.

c) Einnahmen aus der Durchführung der Abgabe von eingeführten deutschen Waren in England (Recovery Act) 36 136 000 Goldmark.

insgesamt 1 184 171 000 Goldmark.

#### II. Sachleistungen (Schätzungsweise)

a) an alliierte und assoziierte Mächte 2 760 250 000 Goldmark.

b) Verkauf an Luxemburg, an die Legation der Vereinigten Staaten usw. 39 092 000 Goldmark.

insgesamt 2 799 342 000 Goldmark.

Unter I und II sind also insgesamt eingegangen 3 983 514 000 Goldmark.

#### III. (Schätzungsweise). In den abgetretenen Gebieten

übernommene Staatsvermögen nach den gegenwärtigen Schätzungen unter Ausschluß der schleswig-holsteinischen Güter, die unter Ib 1. bereits berechnet sind, 2 504 342 000 Goldmark.

insgesamt 6 847 856 000 Goldmark.

In dieser Aufstellung sind nicht enthalten die von Deutschland restituierten Gegenstände, wofür es keinen Anspruch auf Entschädigung hat. Ferner die von Deutschland direkt an die Besatzungsarmeen geleisteten Zahlungen in Papiermark, Sachleistungen und Diensten; und schließlich die von Deutschland für die verschiedenen Kommissionen gezahlten Beträge, die ihm nach Wortlaut des Friedensvertrages zur Last fallen. Die Gesamtbeiträge in Höhe von etwa 6 1/2 Milliarden Goldmark können für folgende Posten Verwendung finden: 1. Rückzahlung der Vorschüsse zur Erleichterung der Kohlenlieferung auf Grund des Abkommens von Spa in Höhe von etwa 390 Millionen Goldmark; 2. die Besatzungskosten bis zum 1. Mai 1921, soweit sie durch Zahlung in Papiermark und in den oben erwähnten Leistungen nicht gedeckt sind; 3. die Reparationen.

sowie ihre Fähigkeit, Reparationen zu zahlen. Lord Newton sagte:

Nach der Einstellung der Feindseligkeiten sei eine große Zahl von Kommissionen von den Alliierten über ganz Europa gesandt: Militärmissionen, Marinemissionen, Luftfahrtmissionen, Finanzmissionen, Lebensmittelmissionen, Eisenbahnmissionen usw. Ein riesiges Heer von Beamten, männlichen und weiblichen, begab sich im Frühjahr 1920 nach Wien, um zu untersuchen, welche Reparationen bezahlt werden könnten. Die Beamten seien ein ganzes Jahr in Wien geblieben und die Kosten der Missionen hätten 7 1/2 Millionen Kronen betragen. Von dieser Summe bezahlte die österreichische Regierung 2 1/2 Millionen, die übrigen 5 Millionen hätten die Alliierten aus der eigenen Tasche bezahlen müssen. In Deutschland seien im gegenwärtigen Augenblick Kommissionen im Überflusse vorhanden. Die Reparationskommission, die aus 171 Personen bestehe, koste monatlich 32 Millionen Mark. Die Kontrollkommission, die zum Zwecke der Entwaffnung in Deutschland anwesend sei, bestehe aus 1500 Personen und koste nicht weniger als 2 1/2 Millionen Mark monatlich. Es bleibe kaum etwas für die Kontrollkommission zu tun übrig; trotzdem fand in ihrem Personal keinerlei Verminderung statt. Ihr Bestand werde immer noch aufrechterhalten, weil von Zeit zu Zeit in Deutschland veraltete Waffen entdeckt würden. Newton erklärte, nach seinen Informationen würden die periodisch auftretenden Meldungen nur aufgebraucht und die Mitteilungen bezüglich der Mittäterhaft der deutschen Regierung seien oft unbegründet. Solange England oder Frankreich die Politik von der Sensationspresse kontrollieren lasse, bestehe keine Aussicht, daß Kommissionen dieser Art vermindert würden. Das Personal dieser Kommissionen lebe im Vergleich zu der gewöhnlichen Bevölkerung im Luxus. Die Gesamtkosten dieser Kommissionen in Deutschland, einschließlich der Kosten der Truppen in Schlesien, betragen 1800 bis 2000 Millionen Mark jährlich. Würde man dieser Summe die Ausgaben für das Besatzungsheer hinzurechnen, sei es nicht schwer einzusehen, daß die Aufgabe, Deutschland zahlen zu lassen, schwieriger und verwickelter sei, als sich die Leute in England es vorstellen. Die Finanzlage in Ungarn sei vollkommen verzweifelt. Es seien jedoch in genau demselben Umfang Kommissionen dorthin entsandt worden. Der Anblick dieser Kommissionen, die aus dem Bankrott des Volkes gedeihen, sei eines der widerlichsten Bilder, die man sich vorstellen könne. Es werde gesagt, daß England mitmachen müsse, da die Alliierten dies auch täten. In diesen besonderen Fällen würde er sich freuen, wenn England mit den Alliierten nicht zusammenginge. Lord Balfour drückte die Hoffnung aus, daß die Rede Newtons über die Stimmung im Oberhause die Regierung dazu bewegen werde, diese Fragen zu erwägen. Es würde ein großer Gewinn für den Frieden der Welt sein, wenn die Geschäfte dieser Kommissionen liquidiert und wenn sie sobald wie möglich zurückgezogen würden.

Während jeder wahre Friedensfreund, dem ehrlich am Wiederaufbau Europas gelegen ist, wünschen muß, daß diese Worte der englischen Parlamentarier größte Beachtung und baldiges Gehör bei den Alliierten finden, sprach sich dem „Echo de Paris“ zufolge Poincaré in seiner Unterredung mit Marschall Foch und General Weygand für die Erweiterung der interalliierten Kommissionen in Deutschland aus. Auf der Botschafter-Konferenz wird der französische Vertreter namens seiner Regierung diese Forderung nachdrücklich zur Geltung bringen.

Form aufrechterhalten werden. Ueber gemeinsame Feiern mit den Unabhängigen bleibt die Entscheidung den einzelnen Organisationen vorbehalten. Ein Zusammengehen mit den Kommunisten kommt jedoch nicht in Frage.

### Ententekontrolle für Berlin.

III. Berlin, 2. März.

Wie die „Deutsche Zeitung“ zu melden weiß, hat die Ententekontrollkommission von der Stadt Berlin die Vorlegung des Haushaltsplanes verlangt. Die Forderung sei bereits am Sonnabend den Behörden überreicht worden. Es wird besonderes Gewicht auf die Vorlage der Stellen- und Personalzusammensetzung gelegt.

### Amerika lehnt ab.

III. Berlin, 2. März.

Wie Havas meldet, lehnten die Vereinigten Staaten die Teilnahme an der Senatskonferenz ab.

## Das neueste Kapptheater.

In den nächsten Tagen fährt sich zum zweitenmal der Tag, an dem der Meutere General Lüttwich mit seinem Ehrhardt in Berlin durch das Brandenburger Tor einzog und Unter den Linden den verrückten Kapp zum Reichsfinanzler ausrief. Die blutige Woge, die nach 5 Tagen zu Ende war, ist in dem Prozeß gegen den ehemaligen Vizepräsidenten v. Jagow vor dem Reichsgericht im Dezember vorigen Jahres noch einmal aufgerollt worden. Wie vernichtend das Ergebnis für alle Beteiligten gewesen ist, ist noch in deutscher Erinnerung. Wenn jetzt Herr Kapp seinen bekanteten großmäuligen Brief aus Schweden an das Reichsgericht geschrieben hat, so kann man das nur als einen letzten Versuch betrachten, eine Revision des nicht vom Reichsgericht, sondern von der gesamten Öffentlichkeit nahezu einhellig gefällten Urteils über das Kapp-Abenteuer herbeizuführen. Es sind also Gründe rein politischer Natur, die den ehemaligen Generalalllandschaftsdirektor bewegen haben, sein Anerbieten auf Selbststellung gegen Zustimmung des freien Geleits und der Verhöhnung vor der Untersuchungshaft an das Reichsgericht zu richten.

Manche rechtsstehende Blätter, die für den Fellen des März-Abenteuers zu retten versuchen, was nicht mehr zu retten ist, fabeln von seinem vornehmen Charakter, als dessen Ausfluß sein neuestes Schreiben zu betrachten sei. Gegenüber solcher Hebeln ist in trockener Prosa zu bemerken, daß Herr Kapp im März 1920 nach Schweden ausgerissen ist, ohne sich zum allermindesten um das Schicksal seiner Mitverschworzen zu kümmern. Retze sich wer kann, war damals die allgemeine Losung. Der Prozeß gegen die wenigen Zurückgebliebenen Jagow und Genossen schwebte dann jahrelang, ohne daß Herr Kapp die geringste Neigung zeigte, für seine Getreuen mit in die Schranken zu treten und ihr Schicksal zu teilen. Der Prozeß fand statt, Herr Kapp zog es aber noch immer vor, in seinem sicheren schwedischen Versteck zu bleiben. Es wäre eine schöne Gelegenheit gewesen, Schillers Bürgschaft zu dramatisieren, und während des Jagow-Prozesses plötzlich vor dem Reichsgericht zu erscheinen:

Mich, Senker!, ruft er, erwürget,  
hier bin ich, für den er gebürget.

morauß denn der Senatspräsident Belargus gleichfalls mit einer Träne der Rührung im Auge hätte konstatieren können: „Die Treue, sie ist doch kein leerer Wahn.“ Nichts dergleichen geschah, und statt des Herrn Kapp persönlich erschien nur ein allerhöchstes Sendeschreiben von ihm, in dem er seine Mitschuldigen und allein Angeflagten wegen ihres feigen Verhaltens schonungslos herruntertrieb. Objektiv mit Recht, denn das Verhalten der Herren Jagow, Schiele und Genossen — Ludendorff nicht zu vergessen — war wirklich bellagenswert, und man kann in diesem Zusammenhang nicht von „Deutschen Männern“ reden, ohne ein wenig rot zu werden. Subjektiv aber mit Unrecht, denn auf der ganzen Welt gab es nur einige wenige Leute, die nicht das geringste Recht hatten, Jagow und Genossen wegen ihrer Kläglichkeit auf der Anklagebank Vorwürfe zu machen, und das waren eben diejenigen, die selber dieser Charakterprobe sehen aus dem Wege gegangen und rechtzeitig ausgekniffen waren: General v. Lüttwich, Oberst Bauer, Kapitän Ehrhardt, und ganz besonders Herr Kapp.

Nach dem Jagow-Prozeß gingen wiederum drei Monate ins Land. In der Zeit des Telegraphen war Herr Kapp das Urteil gegen Jagow wenige Stunden, nachdem es gefällt worden war, bekannt. Die Erregung darüber hätte bei ihm seine Selbststellung als Reflexhandlung hervorrufen können. Nichts dergleichen geschah. Herr v. Jagow ging nach Gollnow ins Rittgen, Herr Kapp fand die schwedische Freiheit deswegen nur noch köstlicher.

Jetzt auf einmal, nach drei Monaten, erscheint Herr Kapp mit seiner neuesten Woge vor dem Reichsgericht. Vorsichtigerweise aber nicht persönlich, sondern bloß brieflich. Er hat den gnädigen Einfall, sich dem Reichsgericht stellen zu wollen, wenn ihm dieses freies Geleit und Verhöhnung von der Untersuchungshaft bewilligt. Herr Kapp möchte überhaupt beim Passieren der Grenze wie ein einreisender Diplomat behandelt werden, wie der Vertreter einer fremden Macht. Wäre diesem Manne ruhige Ueberlegung zuzutrauen, so müßte man annehmen, er habe dieses Schreiben nur der Geste wegen an das Reichsgericht gerichtet und mit Absicht unmögliche Bedingungen gestellt, um zum Schein eine Rechtfertigung dafür zu haben, daß er in Schweden spazieren geht, während andere in Deutschland für seine Dumheiten sitzen müssen. Aber wahrscheinlich denkt dieser Mann überhaupt garnicht soweit. Es ist ihm nur wieder einmal ein impulsiver Einfall gekommen und die Sucht, von sich reden zu machen, hat ihn überwältigt.

Man wird zugeben müssen: Dies ist die Sorte von Männern, die Deutschland braucht.

## Sitzung des Parteiausschusses.

Parteitag im September. — Der 1. Mai.

Der Parteiausschuß trat am Mittwoch im Reichstag zusammen. Zur Erörterung standen in der Hauptsache Organisationsfragen. Beschlossen wurde, den diesjährigen Parteitag für die zweite Septemberhälfte nach Augsburg einzuberufen. Die in Oberschlesien getroffenen Maßnahmen wurden vom Parteiausschuß gutgeheißen. Für den Tag der Uebergabe Oberschlesiens haben die Rechtsparteien Trauerkundgebungen geplant. Unsere Genossen lehnen die Teilnahme ab, weil sie angesichts der noch bestehenden Orgesch-Organisationen nationalitische Ausschreitungen befürchten. Heute, Donnerstag, bespricht der Partei-Ausschuß gemeinsam mit den Redakteuren der Parteipresse die politischen Tagesfragen.

Die Maifeier soll durch Arbeitsruhe begangen werden. Der Verkehr soll in der an Sonntagen üblichen

Unverständlich wäre es, wenn das Reichsgericht auf die Bedingungen dieses, ebenso vorsichtigen wie eilen und größtensinnigen Menschen einginge. Juristisch ist der Tatbestand des Rapp-Verbrechens vollständig erfüllt. Auch der Tatbestand ist durch den Jagow-Prozess im weitesten Umfang klargestellt. Die Öffentlichkeit hat an dieser Angelegenheit weiter kein anderes Interesse mehr, als daß Personen, die strafbar sind, verhaftet und der verdienten Strafe zugeführt werden. Dies ist vielleicht in der ganzen Rapp-Angelegenheit heute der einzig wichtige Punkt. Denn wenn auch wahrscheinlich ist, daß Herr Rapp höchst persönlich die Sicherheit seines schwedischen Asyls nie aufgegeben hat, so ist auf der anderen Seite auch bekannt, daß sich die Lüttich, Bauer und Ehrhardt mit größter Ungeniertheit auf reichsdeutschem Boden bewegt haben, vielleicht noch auf ihm bewegen, wobei der staatsrechtlichen Korrektheit wegen angenommen wird, daß Bayern immer noch reichsdeutscher Boden ist. Dies wäre also die einzige Lehre aus dem neuesten Rapp-Theater, daß man sich um Rapp, solange er in Schweden sitzt, nicht länger kümmern soll, daß man aber desto gründlicher auf deutschem Boden Umstau halten soll nach strengen Gesetzen, die ohne freies Geleit herumspazieren und doch vor Untersuchungshaft verschont bleiben, ganz, als ob nichts gewesen wäre.

## Die sechste Zahlung.

Paris, 9 März.

Die Reparationskommission empfing ein Schreiben der deutschen Regierung, worin diese mitteilte, daß die sechste Zahlung von 31 Millionen Goldmark bei den von der Reparationskommission bezeichneten Banken deponiert worden sei.

## Schwere Anklagen gegen Hermes.

Die „Freiheit“ bringt gegen den Ernährungs- und Finanzminister Dr. Hermes schwere Beschuldigungen. Das Blatt läßt sich schreiben, daß Minister Hermes von einem rheinischen Winzerverband hervorragende Weine in großen Mengen bezogen haben soll zu Preisen, „die auf den ersten Blick das Kennzeichen der Besteuerung tragen, nämlich zu ungefähr dem 15. bis 20. Teil des Handelspreises.“ Der Minister soll den Verband durch großes Entgegenkommen und Bevorzugung bei verschiedenen Gelegenheiten für diese „Liebesgaben“ entschädigt haben. Es wird eine parlamentarische Motion angekündigt. Der Minister wird aufgefordert, eine bestimmte Erklärung zu dieser Beschuldigung abzugeben. Die „Freiheit“ fügt der Zeitschrift noch hinzu, daß der Preis für die vom Minister bezogenen Weine pro Flasche Seki und Wein drei Papiermark betragen haben soll.

Der sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt hierzu: Nach unseren bisherigen Informationen treffen die Angaben der „Freiheit“ zu. Unsere Versuche, den Reichsernährungsminister persönlich über die Angelegenheit zu sprechen, scheiterten daran, daß Hermes uns an einen seiner Geheimräte verwies. Sonderbarerweise war der Geheimrat trotz mehrfacher Anrufe nicht zu erreichen. Wir erwarten, daß Herr Hermes bald eine Erklärung zu den Beschuldigungen abgibt. Bevor nicht auch Herr Hermes zu Wort gekommen ist, werden wir uns jeden Kommentars zu der Angelegenheit enthalten.

## Fords kommt nicht nach Deutschland.

Wie der „Tag“ von bestunterrichteter Seite wissen will, habe der Amerikaner Ford wohl längere Zeit eine deutsche Niederlassung in Erwägung gezogen und durchaus unverbindliche Vorbesprechungen mit verschiedenen Stellen gepflogen, mit Rücksicht auf die vorläufig noch nicht geklärte innerpolitische Lage Deutschlands seien aber irgendwelche Entschlüsse bisher nicht erfolgt. Vielmehr dürfte man als wahrscheinlich betrachten, daß in nächster Zeit entscheidende Schritte nicht erfolgen dürften, da Voraussetzung hierfür eine Konsolidierung der politischen Verhältnisse sein müßte, die nicht in wenigen Wochen geschaffen werden kann. Ford habe hierzu bereits seine Kollagenen gezogen und in den letzten Wochen in Antwerpen, Bordeaux und Cadix Zweigfabriken eröffnet. Außerdem befinden sich schon Ford'sche Zweigfabriken in Europa, und zwar in Kopenhagen, Manchester und Cork-Irland mit einer Jahresleistung von 55 000 Wagen jährlich.

Die Erfolge Fords in Amerika beruhen bekanntlich auf der Zentralisierung und Mechanisierung der Fabrikation und der dadurch ermöglichten Herstellung des billigen Serienwagens. Die Durchführung dieses Prinzips in Europa wird natürlich eine Zentralisierung der europäischen Fabrikation herbeiführen müssen.

## Der Reichspräsident über das Reichsgericht.

Der Reichspräsident Ebert besuchte anlässlich seines Antrittsbesuchs bei der Leipziger Messe auch den höchsten deutschen Gerichtshof, das Reichsgericht. In Begleitung vom Reichspräsidentenminister Rathenau und Ministerialdirektor Wetzner wurde er vom Präsidenten des Reichsgerichts, Delbrück, und dem Präsidium des Reichsgerichts feierlich empfangen. In seiner Ansprache führte Reichspräsident Ebert folgendes aus: Sitzbar und vernehmlich vollzieht sich der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Ich habe es beim Besuche der Leipziger Messe mit großer Bewunderung erlebt. Still und merkwürdig geht die nicht minder wichtige Wiederaufbau des deutschen Rechts. Der Boden hat unter uns gewandt in diesen schweren Jahren, auch der Rechtsboden. Das Rechtsbewußtsein ist gelockert, überkommene Rechtsauffassungen erschüttert, ein neues Rechtsverlangen gewacht und die Rechtspflege vor eine schwere Aufgabe gestellt worden, ein altes Recht und ein neues Rechtsgefühl in Einklang zu setzen. Sie, meine Herren, haben bei dieser verantwortungsvollen Aufgabe die Führung. Das Reichsgericht hat in bedeutenden Aufgabebereichen bewiesen, daß es seiner Aufgabe bewußt und ihrer Erfüllung mächtig ist. Dem höchsten Gerichtshof des Reiches ist es gelungen, den Krieg und die Erschütterungen, die ihm folgten, juristisch zu liquidieren. Die schweren Aufgaben, die wohl je einem Richter obliegen, sind auf seine Schultern gelegt, und das Reichsgericht ist in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses gerückt und der öffentlichen Kritik des In- und Auslandes. Aber zu den anspruchsvollen Aufgaben kritisiert das Auslandes jetzt in bemerkenswerten

Gegenstand die betonte Anerkennung bedeutender ausländischer Juristen. Der Reichsminister der Justiz hat bei der Beratung des Justizgesetzes mit Recht auf die Zeugnisse dieser Anerkennung hingewiesen und mit den Worten geschlossen: Respekt vor dem Reichsgericht. Er hat mit diesem Ausdruck nicht nur der Ueberzeugung der Reichsregierung Ausdruck gegeben, daß ich mich rückhaltlos anschließe, sondern zweifellos auch das uneingeschränkte Empfinden weiter Juristkreise, auch solcher des Auslandes, ausgedrückt. So bringe ich dem Reichsgericht, Ihnen, Herr Präsident, und Ihnen, meine Herren, Grüße der Reichsleitung und unsern Dank und unsere Anerkennung für ihre mühevollen und treuen Arbeit. Ich bin überzeugt, daß der oberste Gerichtshof des Reiches der schweren Aufgabe gewachsen ist, auch nach der Neuordnung unserer staatlichen Grundlage und nach einer weitreichenden Umgestaltung des Rechts und des Verfahrens das Vertrauen des deutschen Volkes sich zu bewahren und sich damit den höchsten Lohn zu sichern, der einem Richter zu teil werden kann.

## Das Steuerkompromiß vor dem Abschluß.

U. Berlin, 9. März.

Die Beratungen des Steuerausschusses sind abgeschlossen und die interfraktionellen Besprechungen mit der Reichsregierung über dies Ergebnis nehmen ihren Anfang. Die Verhandlung des Steuerkompromißes im Plenum des Reichstages dürfte Montag beginnen. Wie das Berliner Tageblatt meldet, wird in einem Teil der Parlamentarierstreife erwartet, daß die Kompromißparteien sich auf eine gemeinsame Erklärung einigen, die von einem Vertreter einer der vier Parteien in der Plenarsitzung des Reichstages abgegeben werden würde. Dadurch würde eine unfruchtbare Generaldebatte über die Gründe, die die einzelnen Parteien zu ihrer Haltung bestimmt haben, vermieden werden. Die voraussichtliche Ernennung des Dr. Hermes zum Reichsfinanzminister dürfte erst erfolgen, nachdem das Steuerkompromiß endgültig unter Dach und Fach gebracht ist.

## Die Kapitalverkehrssteuer.

Der Steuerausschuß des Reichstages beendete am Mittwoch die Beratungen über das Kapitalverkehrssteuergesetz. Angenommen wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der die Steuer auf 3 v. H. des steuerpflichtigen Betrages bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung und mit einem Stammkapital von nicht mehr als 100 000 Mark ermäßigt. Erhöht eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung ihre Stammkapital über diesen Betrag hinaus, so ist die Steuer von dem gesamten Stammkapital zu entrichten. Der Volksparteiler Kieffer verwarf, die in dem § 84 vorgesehene Steuererhöhung durch eine „Prüfung“ abzuweichen. Mit Zustimmung der Regierung wurde anlässlich des Antrages Kieffer folgende Fassung beschlossen: Der Nachprüfung zwecks Durchführung des Gesetzes unterliegen... Ein weiterer Antrag der Volkspartei versuchte, dem Gesetz die vorgezeichnete rückwirkende Kraft zu nehmen. Demgegenüber erklärte ein Regierungsvortrag, daß dann dem Reich ein Steuerbetrag von mindestens 10 Milliarden Mark verloren gehen würde, zumal die Kapitalerhöhungen im Jahre 1921 auf viele Milliarden berechnet werden. Diesen Tatsachen konnten sich auch die Antragsteller nicht verschließen. Die Volkspartei ließ deshalb ihren Antrag im Stich. Damit war die zweite Lesung des Kapitalverkehrssteuergesetzes beendet und das letzte Steuergesetz im Ausschuss verabschiedet. Sobald die Berichte fertiggestellt sind, und eine Einigung über die Zwangsanleihe wie das Mantelgesetz erzielt ist, wird die zweite Beratung im Plenum des Reichstages erfolgen.

## Regelung der Beamtengehälter.

Im Beamtenausschuß des Reichstages teilte ein Regierungsvortrag auf Drängen der Abgeordneten die Absichten der Regierung in bezug auf die Neuordnung der Besoldungsfrage mit. Nach seinen Ausführungen ist die Regierung der Auffassung, daß die Grundgehälter erheblich erhöht werden müssen, und daß das bei den unteren Gruppen in bedeutend stärkerem Maße zu geschehen habe als bei den mittleren und oberen Beamten. Die riesig steigende Teuerung werde von niemandem verkannt. Allerdings könnten phantastische Forderungen von 8—10 000 Mark, wie sie vereinzelt für die unteren Gruppen verlangt wurde, nicht in Frage kommen. Voraussichtlich werde man von derjenigen Gruppe, die die meisten Beamten umfasse, (Gruppe 3) ausgehen, und durch einen Zuschlag ein Gehalt erreichen, das für diese Gruppe angemessen sei. Hier von ausgehend, dürfte sich dann der Aufbau der Besoldungsstala vollziehen. Eine gleichmäßige, prozentuale Steigerung des Gehältes von Gruppe zu Gruppe, wie es von der Deutschen Volkspartei gewünscht wird, sei nicht möglich, weil die Endgehälter der einzelnen Gruppen nicht mehr in dem früheren Verhältnis von 1 zu 2 ständen, und infolgedessen sowohl bei den einzelnen Gruppen als auch bei den Endgehältern ungleich hohe Beträge zugewilligt werden müßten. Das sei für die unteren Gruppen ein unerträgliches Verfahren. Die Wirtschaftsbeihilfen werden nach Ansicht der Regierung nicht beseitigt werden können. Es gäbe kein anderes Mittel, als die tatsächlich vorhandenen, riesigen örtlichen Unterschiede in der Teuerung auch zwischen Orten der Ortsklasse A auszugleichen. Ferner ist nach Mitteilungen des Regierungsvortragereines Erhöhung der Einkünfte in der Gruppe 3 als ausreichend anzusehen. Weiter wünscht er darüber Auskunft, ob der Ortszuschlag und das jetzige System der Teuerungszuschläge bestehen bleiben soll, oder ob auch hierin Änderungen vorgezogen sind. Steinkopf erklärt die Regierung dringend, von der Wiedereröffnung

der gleichen prozentualen Teuerungszuschläge abzusehen, da dies allgemeine Erbitterung wie früher auslösen würde. Der Auffassung des Demokraten Schuldt, daß ein ungelerner Arbeiter nicht mehr verdienen dürfe als ein Beamter, tritt Steinkopf entgegen, indem er feststellt, daß das z. B. bei Bergarbeitern und Arbeitern, die in gesundheitsgefährlichen Betrieben beschäftigt sind, ein Ding der Unmöglichkeit ist. Jeder einsichtsvolle Beamte sieht nach seiner Ansicht ein, daß man Arbeitern der genannten Kategorie ein „Mehr“ bewilligen könne.

## Die Ueberteuerungszuschüsse für das Eisenbahnpersonal.

Der „Soz. Parlamentsdienst“ teilt mit:

Die am 28. Januar begonnenen Verhandlungen über die neue Festlegung der Ueberteuerungszuschüsse, die von der Regierung nach Beendigung des ersten Eisenbahnerstreiks zugestimmt wurden sind jetzt zum Abschluß gekommen. Die Zahl der Orte, die nach dem in Geltung befindlichen Lohnvertrag Ueberteuerungszuschüsse erhalten, hat sich erheblich vermehrt. Auch die Beträge von 10 Pfg. pro Stunde im ungünstigsten, und 40 Pfg. im günstigsten Falle, sind beträchtlich erhöht worden. Insgesamt werden Ueberteuerungszuschüsse in 1204 Orten gezahlt: Sämtliche Eisenbahndirektionsbezirke mit Ausnahme von Königsberg sind daran beteiligt. Der Bezirk Königsberg hat deshalb keine Berücksichtigung gefunden, weil die Löhne der Privatindustrie hinter die Löhne der Eisenbahner zurückgefallen sind. Doch wird uns berichtet, daß die Löhne der Landarbeiter die Löhne der Industrie übertrafen. Von den rund 1200 Orten erhalten: 103 Orte 2,50 Mark pro Stunde, 48 Orte 2 Mk. pro Stunde, 1 Ort 1,80 Mk. pro Stunde, 43 Orte 1,75 Mk., 29 Orte 1,60 Mk., 32 Orte 1,50 Mk., 38 Orte 1,30 Mk., 79 Orte 1,25 Mk., 7 Orte 1,20 Mk., 16 Orte 1,10 Mark, 141 Orte 1 Mk., 6 Orte 90 Pfg., 89 Orte 80 Pfg., 51 Orte 75 Pfg., 97 Orte 70 Pfg., 144 Orte 60 Pfg., 71 Orte 50 Pfg., 111 Orte 40 Pfg., 98 Orte 30 Pfg.

Das Ergebnis ist nach einer gründlichen Würdigung und unter Berücksichtigung der Industrielöhne, vor allem der Löhne der Metallindustrie, zustande gekommen. Allerdings dürften die durch die Ueberteuerungszuschüsse erhöhten Stundenlohnlöhne nicht mehr zeitgemäß sein, denn sie beruhten auf nur den ungefähren Stand von Mitte Januar ds. Js. Inzwischen hat eine neue Lohn- und Gehaltsbewegung des Personals der Reichs-, Staats- und Kommunalbetriebe ihren Anfang genommen. Diese Bewegung erstreckt sich auf die weiteren Geldentwertung eine allgemeine Erhöhung der Bezüge. Die für die Eisenbahner festgesetzten Ueberteuerungszuschüsse gelten bekanntlich auch als widerrufliche Wirtschaftsbeihilfen für die Beamten. Von einer Beseitigung der Ueberteuerungszuschüsse wird auch trotz Erhöhung der allgemeinen Bezüge in absehbarer Zeit nicht die Rede sein können, weil durch den Ueberteuerungszuschlag eine Annäherung an die Industrielöhne versucht wird. Der von der Deutschen Volkspartei im Reichstag gestellte Antrag auf Beseitigung der widerruflichen Wirtschaftsbeihilfe dürfte deshalb kaum eine Mehrheit finden.

## Großfeuer im Siemenskabelwerk Spandau.

Spandau, 9. März.

Gestern Abend brach in dem in Gardenfeld bei Spandau gelegenen Kabelwerk der Siemens-Schuldt-Werke ein Feuer aus, durch das die Züfettankerei vernichtet wurde. Der Materialschaden ist beträchtlich. Die Löscharbeiten zogen sich bis in die heutigen Morgenstunden hin.

## Müten einer Windhose im Rheinland.

Krefeld, 9. März.

Durch den mächtigen Sturm stützte gestern nachmittag auf der Landstraße von Krefeld nach Rodum eine schwere Ulme auf den hinteren Teil eines dort haltenden Straßenbahnwagens, wobei ein Mann von etwa 30 Jahren und ein Mädchen getötet wurden. Eine Frau wurde lebensgefährlich verletzt. In der Rundschnurfabrik in Krefeld-Linn wurde der obere Teil eines Schornsteins in 13 Meter Länge vom Sturm umgeweht. Hierbei wurden zwei Mädchen erschlagen und mehrere Mädchen leicht verletzt. Auf dem Stahlwerk Becker in Krefeld-Rheinhagen wurden zwei Arbeiter, die im Freien beschäftigt waren, von einer Windhose erfasst und gegen eine Mauer geschleudert. Sie trugen daran schwere Verletzungen davon, daß an ihrem Auskommen gezweifelt wird.

Düsseldorf, 9. März.

Gestern mittag mußte gegen 12 1/2 Uhr die Feuerwehr nach dem Schamotte- und Dinamitwerk bei Erkrath ausrücken. Nach den telephonischen Auslagen waren dort bei einem Mauersturz zwölf Arbeiter verschüttet worden. Nach dem Eintreffen der Feuerwehr wurden aus den Trümmern acht Tote, zwei schwer und zwei leicht Verletzte geborgen.

## Agrarische Steuervertögerung.

Ans Ostpreußen wird uns geschrieben:

Nach einer Arbeit von zwei Jahren sind jetzt in dem größten Teil der Provinz die Steuerveranlagungen heraus. Darob Heulen und Zähneklappen bei den Herren Kapitalisten und insbesondere bei den Agrariern. Nach den Ausführungsbestimmungen zum Einkommensteuergesetz soll bei denjenigen Landwirten, die ordnungsmäßig Buch über Einnahmen und Ausgaben führen, der buchmäßige Reingewinn bei der Veranlagung maßgebend sein. Es ist zweifelhaft, ob diese Bestimmung besonders glücklich ist, denn einer einigermaßen geschickten Buchführung wird es leicht sein, einen sehr bedeutenden Teil der Einnahmen zu verschleiern. Da überdies in diesem Jahre, um das Veranlagungsgesetz nicht noch mehr zu verzögern, die Finanzämter nicht alle Geschäftsbücher prüfen konnten, haben sie, anscheinend auf Grund einer Einigung, den Ertrag je nach der Güte des Bodens durchschnittlich auf je 200 bis 300 Mark pro Morgen festgelegt. Dieser Ertrag ist noch außerordentlich gering gerechnet, wenn man bedenkt, daß ein Mogen Kartoffelfeld einen Ertrag von mindestens 100 Zentnern Kartoffeln gleich 6000 Mk. ergibt. Immerhin ergibt sich bei Annahme eines Ertrages von 200 bis 300 Mk. pro Morgen bei einem Rittergut von 10 000 Morgen ein Einkommen von jährlich 2 bis 3 Millionen, also eine Einkommensteuer von 1 bis 1,5 Millionen. Darob eitel Empörung bei den Agrariern. Sie haben nunmehr sämtlich Einspruch eingelegt und beantragt, bis zur Erledigung des Einspruchs ihnen die Steuer zu stunden. Das bedeutet eine Verzögerung bei Einziehung der Steuern um mindestens drei Jahre. Bei dem Landesfinanzamt soll Genehmigung bestehen, diesem Ver-

hängen zu entsprechen. Die Großagrarien erklären, daß sie es mit allen Steuergesehen zu machen würden; in Berlin könnten sie beschließen was sie wollten, die Steuern und Zwangsanleihen würden von ihnen doch nicht gezahlt werden. Sie wollen eben das ganze, ihnen verhaßte Steuersystem sabotieren; deshalb wollen sie den Finanzämtern so viel Arbeit machen, daß sie nicht ein noch aus wissen.

Die Agrarier haben in den Kriegs- und Nachkriegsjahren ungeheure Gewinne gemacht, die sie in Automobilen, feinen Luxuswagen und Luxuspferden, neuen Wohnungseinrichtungen, kostbaren Teppichen, Geweben und Kunstgegenständen angelegt haben. Insbesondere im letzten Jahre sind ihre Gewinne infolge der Aufhebung der Zwangswirtschaft ins Ungemessene gestiegen. Selbst wenn in dem einen und anderen Falle wirklich das Einkommen für 1920 zu hoch angelegt sein sollte, so ist doch zu berücksichtigen, daß die Einkommensteuer für das Jahr 1921, also schon für zwei Jahre rückständig ist, so daß, selbst wenn die Nachprüfung für 1920 ein geringeres Einkommen ergeben sollte, der zu viel gezahlte Betrag auf die Steuer pro 1921 in Anrechnung gebracht werden könnte. Ein Unrecht geschieht also keinem Steuerpflichtigen, wenn die Steuer sofort eingezogen wird.

Mit Rücksicht auf die fürchtbare Finanznot des Reiches erscheint das Verhalten der Agrarier geradezu als verbrecherisch. Beamte und Arbeiter, die wahrhaftig nicht auf Rosen gebettet sind, haben bereits seit zwei Jahren die Steuern auf Heller und Pfennig gezahlt, teilweise sogar überzahlt, während Kapitalisten und Großagrarien, die heute noch trotz der Not des Vaterlandes schlummern und wässern, sich, nachdem sie zwei Jahre steuerfrei geblieben sind, weigern, ihrer Steuerpflicht nachzukommen. Sie geben ungeheure Summen aus, um bewaffnete Horden zu besolden oder ein reaktionäres Gebilde wie den Heimatbund zu unterstützen, das Reich aber würden sie, am liebsten verrecken lassen. Möge eine energische Verwaltung dafür sorgen, daß dieses edle Patriotenziel nicht erreicht wird.

### Eine bayerische Kampfanzeige.

Die Herstellung der parlamentarischen Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie in Bayern hat sofort eine Hochflut der partikularistischen und monarchistischen Agitation zur Folge gehabt. Der ehemalige Scharfmacher innerhalb der Regierung Kahr, der Minister des Innern, Schweyer, hat sich die Büttelei der bayerischen Rechtspresse „gegen die Bespitzelung Bayerns durch Berlin“ zu eigen gemacht. Seine letzte Rede im Landtag war eine offene Kampfanzeige an die Reichsregierung. Obwohl der Minister den badischen Untersuchungsbeamten vollkommen recht geben mußte, erklärte er, daß die bayerische Regierung Anhaltspunkte dafür habe, daß neuerdings schwerwiegende Berliner Uebergriffe auf die bayerische Souveränität vorlägen, gegen die er bei der zuständigen Berliner Stelle entschiedenen Protest eingelegt habe. Die Haltung der bayerischen Regierung im Vorjahre habe gezeigt, daß es ihr nicht an der nötigen Energie fehle, bayerische Rechte zu wahren. Die Hausjurisprudenz bei Dr. Pittinger sei ein tief bedauerliches Vorkommnis. Die Personen, um die es sich handelte, seien im Felde gestanden und hätten sich hohe vaterländische Verdienste erworben.

Dieser völlig aus dem Rahmen der Verhältnismäßigkeit fallende Vorstoß eines Ressortministers gewinnt dadurch an Bedeutung, daß er in Abwesenheit des Ministerpräsidenten erfolgte. Es scheint, als ob die Führer der Bayerischen Volkspartei in der Untersuchung des Münchener Putschisten- und Mördernestes eine Bedrohung ihrer eigenen dunklen Machenschaften sahen. So wird die Einheitsfront gegen Berlin eröffnet durch den ehemaligen Staatssekretär Kahrs, hinter dem die politischen Führer der Rechte zum Schlage gegen die Republik und die Einheit des Reiches ausholen. In diesem Zusammenhang ist es von größter Bedeutung, daß der Führer der Bayerischen Volkspartei, Dr. Heim, sich in den letzten Tagen an die Spitze einer neu einsetzenden monarchistischen Bewegung gestellt hat und öffentlich zum Kampfe gegen die Weimarer Verfassung aufruft. Das Blatt des gemäßigten Flügels seiner Partei, der „Regensburger Anzeiger“, versucht die hemmungslos monarchistische Propaganda einzudämmen und gibt den Anhängern des Königsgebändens den Rat, abzuwarten. Hierzu schreibt die „Münchener Post“:

„Klar und deutlich hat der „Regensburger Anzeiger“ festgestellt, warum der Kampf gegen die Weimarer Verfassung so ausdauernd geführt wird. Hiermit ist Klarheit geschaffen für alle Arbeiter, nicht nur in Bayern, sondern im ganzen Reich. Denn die Wiederaufrichtung der Monarchie ist nicht eine bayerische, sondern eine deutsche Frage. Zum ersten Male hat Dr. Heim der Republik einen Dienst erwiesen. Diese Klarstellung ist das erste positive Ergebnis der neuen bayerischen Königspartei.“

Zum Organisator des neuen Königsbundes ist der Leiter der ehemaligen Orla, Kanaler, gewonnen worden. Der Bund soll in ganz Bayern ausgedehnt werden und nach dem Vorbild des Bundes „Erwachende Magyaren“ den Namen „Bund der erwachenden Bayern“ erhalten. Am 12. März findet unter der Leitung Dr. Heims die Gründungsversammlung in Regensburg statt.

### Ehescheidungsrecht und Altpreußen.

Seit geraumer Zeit läuft die reaktionäre und clerikale Presse Sturm gegen die vom Reichsjustizminister Radbruch geplante Erleichterung der Ehescheidung. Die Feinde jeglichen zeitgemäßen Ehescheidungsrechtes übersehen dabei, daß selbst die jetzt geplante Reform weit zurückbleibt hinter dem Rechtszustand, der über hundert Jahre in Preußen geherrscht hat.

Der Staat Friedrichs des Großen wird uns von rechts stets als leuchtendes Muster des Altpreuëntums entgegen gehalten. Nun, gerade das unter Friedrich dem Großen ausgearbeitete Allgemeine Landrecht gewährte die Ehescheidung bei beiderseitiger unüberwindlicher Abneigung. Die Ehegatten brauchten nur vor Gericht zu erklären, daß sich in ihnen eine gegenseitige unüberwindliche Abneigung entwickelt hätte, dann wurde die Ehescheidung ausgesprochen. Dieser Rechtszustand hat von 1786 bis 1900 in Preußen gegolten. Erst das Bürgerliche Gesetzbuch verengte dann den Kreis der Ehescheidungsgründe so, daß nur ganz bestimmte Tatbestandsmerkmale, wie Lebensnachsstellung, böswilliges

Verlassen, Ehebruch und tiefe Zerrüttung des ehelichen Lebens durch Verschulden eines Teiles einen Ehescheidungsgrund abgaben. Seelische Momente wurden damit gänzlich ausgeschaltet.

Die jetzige Reform will auch nichts weiter, als bei der Zerrüttung des ehelichen Lebens das Verschuldungsmoment beseitigen. Sie will jede tatsächliche Zerrüttung als Ehescheidungsgrund zulassen ohne Rücksicht darauf, ob diese Zerrüttung auf die Schuld eines Ehegatten zurückzuführen ist. Das ist, wie jeder sieht, noch immer viel weniger als die Gewährung der Ehescheidung wegen beiderseitiger unüberwindlicher Abneigung. Denn bei dieser brauchen irgendwelche Tatsachen überhaupt nicht in Erscheinung zu treten, diese seelische Disharmonie der Ehegatten genügt zur Scheidung.

Wenn nun die Rechtspreste zert, daß bei einer Erweiterung des Ehescheidungsrechtes alle Bande der Zucht und Ordnung sich lockern würden, so muß demgegenüber immer wieder betont werden, daß der altpreußische Staat gerade in der Periode, die von den Reaktionären als seine Blütezeit und als Mutterbeispiel stichtlicher Zucht und Ordnung hingestellt wird, ein so freies Ehescheidungsrecht gehabt hat, wie wir es heute kaum zu erträumen wagen.

### Kohlenpreis und Arbeiterlöhne.

In der bürgerlichen Presse begegnet man vielfach der Auffassung, die hohen Kohlenpreise würden durch die Löhne bedingt. Wie falsch diese Auffassung ist, zeigt folgende Gegenüberstellung für das Ruhrgebiet:

März	Förderkohlenpreis je Tonne	Davon Steuerabgaben	Heuerdurchschnittslohn	Lohnanteil am Kohlenpreis
März 1914	12,—	—	6,25	52,1 %
März 1915	13,25	—	6,36	48,0 %
März 1916	14,25	—	8,88	62,3 %
März 1917	16,25	—	9,33	57,4 %
März 1918	24,30	4,61	12,16	50,0 %
März 1919	41,30	7,09	18,05	43,2 %
März 1920	168,—	38,52	39,38	23,5 %
März 1921	198,40	42,96	71,91	36,1 %
März 1922	601,70	119,80	161,74	26,9 %

Der Hauerdurchschnittslohn für März 1922 ist errechnet einschließlich Soziallohn für Frau und drei Kinder. Der Lohnanteil der Hauer am Kohlenpreis hat sich danach außerordentlich verringert, dagegen sind die Abgaben für Umsatzsteuer 1,5 Proz., Kohlensteuer 20 Proz., Bergarbeiterheimstätten 12 Mf. und Abgeltungen von Lebensmitteln gestiegen. Das wird noch stärker in Erscheinung treten, wenn sich die Kohlensteuer ab 1. April auf 40 Proz. erhöht. Die Kohlenpreiserhöhungen sind mithin in dem jetzigen Ausmaß keineswegs bedingt worden von den Lohnsteigerungen. Während sich der Förderkohlenpreis z. B. ausschließlich der Abgaben um beinahe das 40fache gegen die Vorkriegszeit gesteigert hat, ist der Hauerdurchschnittslohn nicht einmal um das 26fache gestiegen. Hierbei ist allerdings zu beachten, daß sich die Schichtzeit verkürzt hat, z. B. im Ruhrgebiet von 8½ auf 7 Stunden, d. h. um 17,8 Proz.; in ähnlichem Verhältnis ist auch der Absageeffekt pro Arbeiter und Schicht zurückgegangen, der bei der Preisbildung mit entscheidend ist. Absageeffekt und Kohlenpreiserhöhungen ausschließlich Abgaben betragen im Steinkohlenbergbau:

Ruhrgebiet	Absageeffekt pro Arbeiter und Schicht	Kohlenpreiserhöhung pro Tonne
Niederachsen	0,360 To.	124,— Mf.
Niederschlesien	0,350	140,60
Sachsen	0,350	158,60
Wachen: Fischweiler	0,380	127,40
Wachen: Nordstern	0,300	149,10
Oberbayern (Weichholz)	0,325	118,70
Oberbayern (Steinkohle)	0,275	133,40

Im rheinischen Braunkohlenbergbau beträgt die Preiserhöhung ab 1. März ausschließlich Abgaben für Rohkohle 19,21 Mf., für Bricketts 71,13 Mf., im mitteldeutschen und ostelbischen Braunkohlenbergbau für Rohkohlen 22,50 Mf., für Bricketts 87 Mf.

Die Preiserhöhung wurde für den Steinkohlenbergbau nach einheitlichem Schlüssel errechnet. Danach ergibt sich für den Ruhrbergbau:

1. Lohnerhöhung von durchschnittlich 19,45 Mf. macht bei einem Absageeffekt von 0,547 To. 35,56 Mf.
  2. Gehaltserhöhung für Beamte und Angestellte 10 Proz. Zuschlag 3,56
  3. Materialpreiszuschlag von 66½ Proz. 24,38
  4. Abgeltung für Materialpreiserhöhung ab 1. September 1921 14,—
  5. Abschreibung zur Erneuerung und Wiederaufhängung der Werke 18,—
  6. Verdoppelung der Abgabe für Bergarbeiterheimstätten von 6 auf 12 Mf. 6,—
  7. Erhöhung der sozialen Lasten 4,50
- Zusammen 106,— Mf.

Auch hieraus ergibt sich, daß die Kohlenpreiserhöhung von 106 Mf., ausschließlich Abgaben, nicht bedingt wurde von der Lohnerhöhung von durchschnittlich nur 19,45 Mf. In der gemeinsamen Sitzung des großen Ausschusses des Reichskohlenrates und des Reichsstaohlenverbandes am 27. Februar haben die Genossen Hufemann, Wagner und Werner, als die Preiserhöhungen beschlossen wurden, beantragt:

„Der für Abschreibungen vorgesehene Betrag von 18 Mf. je Tonne wird dem Reichsstaohlenverband überwiefen. Aus diesem Fonds werden den Bergwerks-Gesellschaften auf Antrag zum Ausbau der Werke Darlehen gegeben. Weber die Gewährung der Darlehen, ob und in welcher Höhe eine Verzinsung verlangt wird, entscheidet der große Ausschuß des Reichsstaohlenrates in Verbindung mit dem Reichsstaohlenverband.“

Für diesen Antrag stimmten außer den Antragstellern nur die Genossen Janisch und Gierbig, sodaß derselbe mit allen gegen 5 Stimmen abgelehnt wurde. Auch die Bergarbeitervertreter haben gegen diesen Antrag, aber für die Preiserhöhungen gestimmt, sodaß diese mit allen gegen die Stimmen der 5 genannten Genossen angenommen wurden. Die 5 Genossen wollten nicht ohne Gewähr der zweckdienlichen Verwendung den Betrag für Abschreibungen bewilligen, und weil ihr diesbezüglicher Antrag abgelehnt wurde, haben sie gegen die Preiserhöhung gestimmt. Das hat Genosse Hufemann auch noch besonders in einer Erklärung zum Ausdruck gebracht.

Die Stellung unserer Genossen in der Kohlenwirtschaft ist deshalb besonders schwer, weil man in der übrigen Wirtschaft der Anarchie die Zügel schießen läßt. Infolgedessen

kann durch eine Stabilisierung der Kohlenpreise keine allgemeine Preisentfaltung herbeigeführt werden. Das haben die bisherigen Erfahrungen gezeigt. Vom 1. Mai 1920 bis 31. März 1921 sind z. B. die Kohlenpreise zwangsläufig stabilisiert worden, mit dem Erfolg, daß sich allein die Ernährungskosten nach den Erhebungen von Calver weiter um 56,4 Proz. steigerten. Textilien, Lederwaren, Eisen, Stahl usw. sind noch weit stärker im Preise gestiegen. Für Eisen und Stahl ist z. B. der Preis gegen die Vorkriegszeit um das 50- bis 70fache gestiegen. Die Stabilisierung der Kohlenpreise war mithin ein Schlag ins Wasser. Die Gesamtheit hat davon keinen Nutzen gehabt, sondern hauptsächlich die Schwerindustrie in der Weiterverarbeitungs- und Fertigungsindustrie. Was am Kohlenpreise gespart wurde, floß in die Taschen der Schwerindustrie.

In diesem Zusammenhang darf auch das Verhältnis zwischen den horizontal und vertikal gerichteten Betrieben nicht außer Betracht bleiben. Stinnes z. B. hat in dieser Beziehung eine Art Zwischmühle, wodurch er immer gewinnt, ganz gleich, ob die Kohlenpreise hoch oder niedrig liegen. Stehen die Kohlenpreise hoch, verdient er an seinen Gruben, stehen sie niedrig, an seiner übrigen Industrie.

Werden die Kohlenpreise zu kurz bemessen, besteht die Gefahr, daß besonders der horizontal gerichtete Bergbau aus Mangel an Mitteln in seiner technischen Ausrüstung zurückbleibt, wofür die Bergarbeiter bei einer rückläufigen Bewegung und dem dann einsetzenden Wettbewerb die Kosten zu tragen haben in Form von Lohnabsätzen, Zeierschichten usw. Zudem kommt das, was am Kohlenpreis eventuell eingespart wird, nicht der Gesamtheit, sondern nur bestimmten Schwerverdienern zugute, die ohne Rücksicht auf die Selbstkosten jeden Preis nehmen, den sie erreichen können. Die Ursachen unserer allgemeinen Preisentwicklung liegen nicht beim Kohlenpreis, sondern in der Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft, die jede planmäßige Ueberlegung über den Haufen wirft. Diese Anarchie können auch unsere Genossen, die in der Kohlenwirtschaft tätig sind, von der Kohle aus allein nicht meistern. Auch sie müssen dem Bergbau geben, was er zu seiner Fortentwicklung braucht. So lange die Arbeitervertreter allerdings nicht fester in den Betrieben wurzeln und durch eigene Organe deren Rentabilität nachprüfen können, ist es allerdings schwer, den richtigen Ein- und Ueberblick nach dieser Richtung zu finden.

### Volkswirtschaft.

Starke Zunahme des Papiergeldumlaufes. Der Reichsbankausweis vom Ende Februar zeigt nicht nur ein starkes Anschwellen der an die Reichsbank gestellten Kreditforderungen, sondern auch eine erhebliche Zunahme des Papiergeldumlaufes, und zwar um rund 4,4 Milliarden Mark. Die umlaufenden Banknoten belaufen sich jetzt auf 120, die Darlehnsstaatspapiere auf annähernd 8 Milliarden Mark.

Ermäßigung der Bahntarife für Zeitungsdruckpapier. Die maßgebenden Stellen haben grundsätzlich eine Herabsetzung der Bahntarife für Zeitungsdruckpapier beschlossen. Es sind nur noch die entsprechenden Verhandlungen mit den Holzlieferanten notwendig, um in den nächsten Tagen die Tarifherabsetzung zum Abschluß bringen und damit die so dringend erwünschte Verbilligung des Zeitungsdruckpapiers eintreten lassen zu können. Hoffentlich kommen diese Verhandlungen bald zum Abschluß! Eine Ermäßigung der Herstellungskosten der Zeitung ist von ihnen jedoch nicht in dem erwünschten Umfang zu erwarten, zumal die Papierpreise noch in weiterem Steigen sind. Bei der Papierproduktion, die riesige Gewinne erzielt, müßte der Versuch eines wirksamen Preisabbaues gemacht werden, zu dem man sich noch immer nicht aufraffen kann, weil er eine gemeinwirtschaftliche Regelung dieser Industrie voraussetzt. So bleibt die Gefahr, die jetzt das gesamte Zeitungsgewerbe, ganz besonders die Arbeiterpresse bedroht, weiter bestehen.

1 Goldrubel 200 000 Papiermarkel. Das Volkskommissariat für Finanzen hat den Kurs des Vorkriegsgoldrubels für den Monat März auf 200 000 Sowjetrubel festgesetzt.

### Butterauktion.

Hamburg, 8. März.

Steigende Butterpreise. Auf der Versteigerung der Meierei-Verbände von Schleswig-Holstein herrschte bei knappen Anfuhrten eine sehr rege Nachfrage. Die Folge davon war ein Anziehen der Butterpreise. Die Preise stellten sich auf 44—46,25 Mf. für das Pfund, gegen 41—41,80 Mf. auf der vorwöchentlichen Auktion. — Zu diesen Preisen kommt noch ein Zuschlag von 1 Proz. Kavellingsgeld.

### Devisen-Kurse.

Berlin, 9. März.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	8. März.	7. März.
Amsterdam	100 fl. 9865,10	9890,10
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs. 2162,20	2282,75
Kristiania	100 Kr. 4650,80	4595,40
Kopenhagen	100 Kr. 5609,45	5489,60
Stockholm	100 Kr. 6818,15	6858,10
Helsingfors	100 finn. Mk. 538,45	537,45
Rom	100 Lire 1278,10	1248,65
London	1 £ 1136,85	1143,85
New York	1 Doll. 259,74	260,78
Paris	100 Frs. 2290,20	2352,60
Zürich	100 Frs. 5604,95	5662,40
Madrid	100 Pesetas 4055,90	4090,90
Wien	100 K. 8,98	4,08
Budapest	100 K. 84,76	85,96
Prag	100 K. 422,55	423,55

### Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Begleiter	Schiffsname	Kapitän	Herkunfts-ort	Fahrtzeit	Lage	Std.
Angekommen am 8. März.							
D.	Gelene	Göttische	Karbus				2½
D.	Otto Jppen 28	Wären	Kohlack				½
Angekommen am 9. März.							
D.	Delphin	Wienle	Kolding				1

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Freilisten Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Albed.

Gewaschen mit  
**Dixin**

Henkel's Seifenpulver

Hersteller:  
Henkel & Co  
Düsseldorf

# Flenderwerft

## Bekanntmachung.

Die Auszahlung der Löhne pp. der streikenden Arbeiter für die vergangene Lohnwoche findet am

Freitag, dem 10. d. Mts.,  
nachm. um 4 Uhr

im großen Saale des Gewerkschafts-  
hauses, Johannisstr., statt.

Für die in Schlutup, Rüdnicz, Siems,  
Herrenwyk, Dänischburg u. Seerekz usw.  
wohnenden Arbeiter findet die Aus-  
zahlung am gleichen Tage am Haupt-  
eingang der Werft (Westtor) um 4 Uhr  
nachmittags statt.

Bei der Auszahlung ist die Kontroll-  
marke vorzuzeigen.

Direktion der Flenderwerft.

# Flenderwerft

## Bekanntmachung.

Alle in Händen der streikenden Ar-  
beiter befindlichen **Straßen- und  
Eisenbahnfahrkarten** sind mit dem  
heutigen Tage **ungültig.**

Siems, den 9. März 1922.

Direktion der Flenderwerft.

(14116)

## Auf dem Deckel



Rotfroschgestalt  
innen der  
Qualitätsgestalt!

**Erdal**  
putzt die Schuhe, pflegt das Leder!

Alleinhersteller: Werner & Mertz A-G Mainz

**N. Licht, Huxstr. 59.**  
Dam.-Halbhaube m. halbhoh. Abtag. Dam.-Stiefel  
mit und ohne Lackleiste von 250.— Mk. an.  
Braune Herren-Arbeitsstiefel 300.— Mk.  
Konfirmanden-Stiefel von 195.— Mk. an.

### Das bekannt reelle Einkaufshaus

für Arbeiter und jeden Beruf.  
**Sehr starke Schuhwaren.**  
Reelle Qualitäten.

1 Posten starke Schaftstiefel  
keine Militärstiefel 360.—

1 Post. starke Arbeitstiefel  
sehr haltbar . . . 330.— 285.—

1 Posten Arbeitstiefel,  
große Nummern 47—49 175.—

Starke Konfirm.- u. Kinderstiefel  
25—30 31—35 36—39

Eleg. Damen-, Herren-, Kinderstiefel  
Damenstiefel,  
schöne Form, taubelloser Gg.

Beachten Sie die Preise in den  
Schaufenstern!

Gutslein-Herrenhoien 125.— 135.—

Manchetthoien . . . . . 245.—

1 Posten einzelne Westen . 53.—

1 Post. Gummimantel  
schöne Form . . . . . 645.— 750.—

Blane Konfirm.-Anzüge  
reelle Qualitäten 540.— 650.—

**Ehlers & Reetwisch**

Hallenstraße 1 St. Petri 2 n. 4.

Damen-Rohrume 240.—, 295.—, 650.—

Mantel 395.—, 450.—, 650.—

Röcke 69.50, 110.—, 175.—

Seinen — Aussteuer — Betten.

**Lübecker Industrieverein**  
Freitag, den 10. März 1922, abds.,  
im großen Saal der Schiffergesellschaft

1. pünktlich 8 Uhr:  
**Ordentliche Generalversammlung.**

1. Berichterstattung und Annahme neuer Mitglieder.  
2. Jahresbericht 3. Rechnungsablage 4. Vor-  
standswahlen.

2. Anschließend um 8 1/2 Uhr:  
**Vortrag** des Geschäftsführers des Reichs-  
verbandes der Deutsch. Industrie,  
Dr. R. Schneider, Berlin:

„Wirtschaftslage u. Wirtschaftspolitik“.  
Eröffnung des Saales mit Reden. (14112)

Sonntag, den 12. März  
**Konzerthaus Lübeck**  
**Gr. Fackenburg-Gesindenhall**  
Festlicher Dir. Gust Albert als Oberkap.  
Wohlwollen all der lieben Köstlichen und  
Jugendlichen. Mit reizenden Mädelchen  
und Wägenmädels, für Mädel und  
Herren in der Tanz- für dralle Bauern-  
Mädel, für lieblichen Schmetterlinge u.  
Schmetterlinge von Holz u. Eisen, für süßen  
Kleinen Verkaufstischen und Dienstmädels,  
Wohlwollen auch für krummen Lütchen,  
Röcke, Fächer, Kammerdiener, Knechte,  
Schwäger, Schmeißer, Käper, Kräger,  
Schützling alles, was Götter bringt  
und für noch harter Arbeit einmal im  
leiblichen Reizge Schwimmen will. (14069)  
Alle Annehmlichkeiten sind im Charakter des  
zu betonen. Zwei Musikanten.  
Anfang 7 Uhr. Eintritt 6 A u. Steier.  
Bereit u. Reservierungen am Eingang.

**Adolf Borgfeldt**  
Inhaber Hermann Kahl.  
Gegründet 1880.  
Mühlenstraße Nr. 36/40, 44, 48, 71.  
Fernsprecher 672 und 678.

Das lohnwärmende  
Spezialgeschäft Lübecks für:  
**Oefen = Herde**

(1475) Abteilung II:  
**Gaskocher, Gasherde**  
Anbiete die bewährten  
**Seaking-Gaskocher und Gasherde**  
mit Sparbrennern  
zu noch ganz besonders günstigen Preisen.

**Dr. Schweinefell, Ochsenkopfleisch,**  
die beste Ochsenbade, (14108)  
gej. Schweinepfoten Pfd. 8,00 Mk.  
**16 Markthalle, Stand 16.**

**20 Mark**  
spart jeder an einer  
**Schuhbesohlung,**  
wenn dieselbe im  
**Fünfhausen 7**  
ausgeführt ist.  
Für allerbestes Kernleder  
leiste ich volle Garantie. (14068)  
**B. Dittmer.**

**Sozialdemokr. Verein**  
Schwartau-Rensefeld.  
(14077)

**Sitzung**  
sämtlicher  
**Bezirksführer**  
am Sonnabend, d. 11. März  
abends 7 1/2 Uhr,  
im Gasthof Transvaal.  
Erscheinen ist unbeding-  
t erforderlich.  
Der Vorstand.

**Verband d. Brauerei-  
und Mühlenarbeiter**  
Zahlstelle Lübeck.  
(14100)

**Mitglieder-  
Versammlung**  
am Sonnabend, 11. März  
abds. 6 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus.  
Tagesordnung:  
1. Bericht über die Lohn-  
bewegungen.  
2. Stellungnahme zum  
Verbandstag.  
3. Eingänge.  
Um vollständiges und  
pünktliches Erscheinen  
erzucht  
Der Vorstand.

**Gemeinnützige Arbeits-  
genossenschaft Lübeck**  
e. G. m. b. H.  
früher Arbeitsbau-  
genossenschaft.  
(14102)

**Bezirks-  
Versammlung**  
**Fackenburg-  
Stockelsdorf**  
Freitag, den 13. März  
abends 7 1/2 Uhr  
bei Friedrich Fackenburg

**Schwartau-  
Rensefeld**  
Sonnabend, d. 14. März  
abends 7 1/2 Uhr  
im Lokale Transvaal.  
Tagesordnung:  
**Stand unserer  
Genossenschaft.**  
Der Mitgliederrat.  
R. A.: Steen.

**Möbel**  
Herren-, Speise-, Schlaf-  
zimmer, Küchen.  
**Roldts Möbellager**  
Fischerstraße 25/27.

**Papier,  
altes Eisen,  
Metalle und  
Flaschen**  
kauft zu höchsten Preisen  
**Törper,**  
Schwart. Allee 26,  
(14066) Fernruf 1575.

**Deutscher  
Transportarbeiter-  
Verband.**

Ortsverwaltung Lübeck.  
(14109)  
**Versammlung**  
sämtlicher  
**Hafenarbeiter**  
am Freitag, dem 10. März  
abends 7 1/2 Uhr  
im Gewerkschaftshaus.  
Tagesordnung:  
**Bericht der  
Lohnkommission**  
Die Ortsverwaltung.

**Verband der  
Fabrikarbeiter  
Deutschlands.**  
Zahlstelle Lübeck.  
Distrikt Rüdnicz.

Am Sonntag, dem  
12. März findet in  
Dieckelmanns Gasthof  
unser diesjähriges

**Winter-  
Vergnügen**  
statt. (14089)  
Kassenöffnung 5 Uhr.  
Anfang 6 Uhr.  
Hierzu ladet freunde  
sich ein  
Das Festkomitee.  
NB. Die umliegenden  
Distrikte, sowie die freien  
Gewerkschaften und Ver-  
eine von Rüdnicz sind  
auf diesem Wege recht  
beizlich eingeladen.

**Hansatheater.**  
Heute,  
Donnerstag, 7 1/2 Uhr:  
**Der letzte Walzer.**  
Freitag, 7 1/2 Uhr:  
11. Vorst. im Freit.-Ab.  
**Der letzte Walzer.**  
Sonnabend u. Sonntag  
7 1/2 Uhr:  
Erführung von  
**Prinzessin Orla.**  
Baudouin-Operette in 3  
Akten v. Gilbert. (14074)

**Stadttheater Lübeck**  
Donnerst., 9. März, 7 U.  
Goetz v. Berlichingen.  
29. Ab.-Vorst. Bst. A.  
Freitag, 10. März, 7.90  
Zoska.  
29. Ab.-Vorst. Bst. A.  
Sonnabend, 11. März:  
Bestes Gaußspiel Eva-  
Alcie Cron  
Die Wallerina des  
Königs.  
14. Vorst. i. Sonnab.-Ab.  
Sonntag, 12. März, 2.15  
8. Fremden-Vorstell.  
Die Fiedermaus.  
7.90 Uhr: Das S. Mädchen  
des Ermiten.  
Der Kartenvverkauf für  
die Festvorstellung „Frei-  
schütz“ am 29. April hat  
bereits begonnen. (14064)

## Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 9. März.

### Zur Vereinigungsbewegung Lübeds und benachbarter Landestteile.

Die Grenzen der Landestteile Provinz Lübeck und Mecklenburg verlaufen zum Teil dicht vor den Toren der Stadt Lübeck. Eine Folge davon ist, daß ein großer Teil der Kinder aus den beiden Landestteilen nicht in die Schulen der Landestteile, sondern in die der Stadt Lübeck gehen.

Welche Nachteile bringt der jetzige Verlauf der Landesgrenzen den Eltern, die ihre Kinder in Lübeck in die Schule gehen lassen müssen, weil der Besuch der Schulen des eigenen Landestteiles unzumutbar ist, da dieselben zu weit entfernt sind, und die ihre Kinder nicht aus dem Hause in Pension geben wollen oder können?

Im Gebiet der Freien und Hansestadt Lübeck sind die Schulen staatlich, sie werden mit den Geldern der Steuerzahler unterhalten. Das bedeutet aber den Ausschluß sämtlicher nicht im Lübedischen Staatsgebiet wohnender Schulgeldpflichtiger von einer Ermäßigung des Schulgeldes im Bedarfsfalls. Eine Ermäßigung kann nur im Lübedischen Staatsgebiet wohnenden Steuerzahlern zuteil werden.

Aber nicht genug damit. In Lübeck wird aus begreiflichen Gründen von außerhalb des Staatsgebietes wohnenden Schulgeldpflichtigen, die ihre Kinder nicht in Lübeck in Pension gegeben haben, ein Zuschlag von 60 Proz. des Schulgeldes erhoben. Bei der derzeitigen Teuerung, die scheinbar noch im Wachsen begriffen ist, bedeutet aber der Zuschlag von 60 Proz. im Verein mit der Unmöglichkeit, die Kinder aus dem Hause zu geben, für viele Eltern den Verzicht auf eine höhere Schulbildung und damit ein gutes Fortkommen für die Kinder.

Eine gründliche Wandelung auf diesem Gebiete kann nur geschaffen werden durch Beseitigung der Staatsgrenzen und Schaffung eines einheitlichen Verwaltungsgebietes für das Wirtschaftsgebiet Lübeck.

### Die Erhöhung der Wohnungsabgabe.

Die Reichszentrale für Heimatdienst schreibt uns: Das nahezu völlige Darniederliegen der Bautätigkeit und der dadurch verursachte immer fühlbarer werdende Wohnungsmangel haben dazu geführt, neue Wege einzuschlagen, um wenigstens dem dringendsten Bedarf an Wohnungen abzuhelfen. Mittel für die Neubautätigkeit sollten zunächst durch die Erhebung einer Wohnungsabgabe auf Grund des Gesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues vom 28. Juni 1921 (das sogen. Mietssteuerergesetz) aufgebracht werden. Das Gesetz sah vor, daß die Länder und Gemeinden je 5 Proz. des Mietwertes der Gebäude, berechnet nach dem Stande vom 1. Juli 1914, als Abgabe zu erheben haben. Ein gewisser Teil der Abgabe war an das Reich abzuliefern, und aus ihm wurde ein Ausgleichsfonds gebildet, der vom Reichsarbeitsminister verwaltet wurde. Zur Zahlung der Abgabe war verpflichtet, wer zum Gebrauch eines Gebäudeteiles berechtigt war, d. h. also in erster Linie der Mieter. Es erwies sich jedoch, daß mit dieser geringen Abgabe der vorgesehene Zweck auch nicht annähernd erreichbar war. Eine Erhöhung der Wohnungsabgabe wurde sowohl vom Reichstag in einer Entscheidung vom November 1921 wie vom Vorläufigen Reichswirtschaftsrat empfohlen. Die Reichsregierung legte daraufhin den gesetzgebenden Körperschaften einen entsprechenden Gesetzentwurf vor, der eine Erhöhung der Abgabe auf 50 v. H. vorsah. In der Begründung wurde ausgeführt, daß man für die Neubautätigkeit des Jahres 1922 mindestens eines Betrages von sechs Milliarden Mark bedürfe. Die unmittelbare Aufbringung der Mittel hätte eine Erhöhung der Wohnungsabgabe auf 100 Prozent des Friedensmietwerts bedeutet. Durch eine derartige Erhöhung hätte das gesamte not-

wendige Kapital ausgebracht werden können, sodaß es nicht erforderlich gewesen wäre, zur Deduktion der Baufosten Anleihen aufzunehmen. Die Erträge für die Wohnungsabgabe hätten lediglich zur Verzinsung und Tilgung dieser Anleihen verwendet werden können. Mit Rücksicht darauf, daß die gestiegenen Aufwendungen des Hausbesitzes für die Verwaltung und Unterhaltung der Gebäude sowie die zu erwartende Erhöhung der staatlichen und kommunalen Grundsteuern eine nicht unbeträchtliche Steigerung der Miete notwendig machen wird, hat jedoch die Reichsregierung sich darauf beschränkt, eine Erhöhung der Wohnungsabgabe auf insgesamt 50 v. H. des Friedensmietwertes vorzuschlagen. Der Reichstag hat den Gesetzentwurf am 22. 2. 1920 angenommen. Die Regelung ist danach folgende:

Vom Lande und von der Gemeinde muß eine Wohnungsabgabe von je 25 v. H. — bisher 5 v. H. — des Gebäudewertes erhoben werden. Mit Zustimmung der obersten Landesbehörde kann die Gemeinde die von ihr erhobene Abgabe erhöhen. 5 v. H. des Ertrags der Abgabe sind an das Reich für den bereits erwähnten Ausgleichsfonds abzuliefern. Aus sozialen Gründen kann die Abgabe erlassen werden u. a. wenn das steuerbare Jahreseinkommen des Abgabepflichtigen für das der Veranlagung vorausgehende Rechnungsjahr 20 000 Mk. — bisher 10 000 Mk. — nicht übersteigt oder wenn die Erhebung der Abgabe wegen Krankheit oder Erwerbslosigkeit des Abgabepflichtigen oder aus sonstigen Gründen eine besondere Härte bedeuten würde. Der Ertrag der erhöhten Abgabe wird nach Abzug der Erhebungskosten und der eintretenden Ausfälle von der Reichsregierung auf etwa 2 Milliarden Mark geschätzt. Hiermit können etwa 60 000 bis 70 000 Wohnungen hergestellt werden, eine Zahl, die angesichts der großen Wohnungsnot allerdings nur sehr gering ist. Es ist damit zu rechnen, daß die Wohnungsnot und die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse bald eine weitere Erhöhung der Wohnungsabgabe notwendig machen werden.

### Zum Streit auf dem Flenbterwerf.

In der letzten Zeit wiederholten sich die Fälle, daß Unternehmer verlassen, Betriebsräte, die energisch für die Interessen ihrer Kollegen eintreten, los zu werden, so urter anderm auch das Flenbterwerf. Als Vorwand für den Antrag an den Schlichtungsausschuß auf Auflösung des Betriebsrats mußte folgender Vorfall dienen: Auf dem Flenbterwerf ist ein pensionierter Lokomotivführer L. beschäftigt, derselbe ist während des Eisenbahnerstreiks der technischen Nothilfe beigetreten und hat einige Züge gefahren. Als er zu der Erkenntnis kam, daß er seinen kämpfenden Kollegen in den Rücken fiel, hat er seine Tätigkeit aufgegeben. Die Belegschaft des Flenbterwerfs war aber nicht damit einverstanden, daß Leute, die ihren vollen Verdienst haben, den kämpfenden Eisenbahnern in den Rücken fielen. Aus diesem Grunde machte sich eine große Erregung bemerkbar und wurde verlangt, daß eine Regelung der ganzen Angelegenheit getroffen würde, widrigenfalls sie nicht mehr mit L. zusammenarbeiten wollten. Einige Mitglieder des Betriebsrates nahmen hierauf mit der Zeitung des Metallarbeiter-Verbandes Rücksprache. Es wurde vereinbart, daß L. sich im Verbandsbureau zu melden habe und daß dann das weitere veranlaßt werden sollte. L. ist diesem Wunsche nachgekommen und auf das Verbot seiner Handlung aufmerksam gemacht worden. Er erklärte, daß er einsehe, daß er nicht richtig gehandelt habe und erklärte sich bereit, eine kleine Geldbuße für irgend einen wohltätigen Zweck zu zahlen, wenn damit die Anwesenheit aus der Welt läge. Er hat sich dann bei einigen Mitgliedern des Betriebsrates gemeldet, die ihm sagten, er müsse 200 Mk. für die Unterstufungskasse zahlen, damit wäre die Anwesenheit aus der Welt. L. unterschrieb dann freimütig eine Erklärung, daß er das Verbot seiner Handlung einsehe und daß er, wenn ähnliche Fälle eintreten, sich zunächst bei der Organisation erkundigen wolle. Alle glaubten, daß die ganze Angelegenheit hiermit geklärt sei. Auf einem anderen Standpunkt stand aber die Direktion des Flenbterwerfs. Die Erklärung, die L. unterschrieben hatte, mußte

selbstverständlich den Kollegen zur Kenntnis gebracht werden. Der Betriebsrat hat sie daher in den ihm hierfür zur Verfügung stehenden Kassen ausgehändigt, ohne die Direktion vorher zu fragen. Die Direktion richtete nunmehr ein Schreiben an den Betriebsrat, den Ausgang zu entfernen. Der Betriebsrat äußerte sich zunächst nicht zu dem Schreiben, er erklärte jedoch mündlich, daß kein Grund vorläge, den Ausgang zu beseitigen. In Zukunft könne er auch nicht auf jedes Schreiben antworten, wenn sie in demselben Ton gehalten seien, wie verschiedene andere Schreiben, die ihm schon zugegangen waren. Aus diesem Anlaß stellte nun die Direktion beim hiesigen Schlichtungsausschuß den Antrag auf Auflösung des Betriebsrates wegen gröblicher Verletzung seiner Pflichten. Der Schlichtungsausschuß hat nun in seiner Sitzung am 2. März erklärt, daß der Vorgang mit L. keine Verletzung der Pflichten des Betriebsrates darstellt; es wäre aber Pflicht des Betriebsrates, des Kollegen K. o. B. gewesen, das Schreiben der Direktion zu beantworten. Da er aber eine Antwort nicht gegeben, sondern auch erklärt habe, es läge kein Grund vor, die Erklärung des L. aus dem Kasten zu entfernen, müßte hierin eine grobliche Verletzung seiner Pflichten erblickt werden, aus diesem Grunde sei keine Mitteilbarkeit im Betriebsrat erloschen. Zu bemerken ist, daß K. o. B. mit der Anwesenheit des L. nicht das geringste zu tun hatte, auch nicht den Ausgang im Kasten angebracht hat, da er während dieser Zeit krank war. Er war also hierfür nicht im geringsten verantwortlich. Da der Spruch in Abwesenheit des Kollegen K. o. B. sowie des Vertreters des Metallarbeiter-Verbandes verkündet war, hatte K. o. B. natürlich ein großes Interesse daran, zu erfahren, wie der Spruch lautete und welche Begründung hierzu gegeben war. Aus diesem Grunde entfernte er sich am folgenden Tage aus dem Betrieb und ging zum Schlichtungsausschuß, um sich den Spruch zu verschaffen, ohne der Direktion hiervon persönlich Kenntnis zu geben. Er beauftragte jedoch keinen Stellvertreter der Direktion von seinem Fortgange Kenntnis zu geben. Als er zurückkam, wurde er nicht mehr in das Werk hineingelassen; seine Entlassungspapiere waren schon ausgehändigt. Es ist selbstverständlich, daß sich wegen dieses Vorganges seitens der Belegschaft der Flenbterwerf eine große Erregung bemächtigte, trotzdem blieb sie im Versteck. Es wurden nunmehr sofort Verhandlungen seitens des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes eingeleitet, die aber zu keinem Ergebnis führten; vielmehr erklärte die Direktion, daß K. o. B. K. o. B. ihre sozialer Schwereigkeiten gemacht hätte, daß sie ihn unter keinen Umständen weiter beschäftigen würde, auch wenn es deswegen zum Streit kommen würde. Die Direktion hielt es aber nicht für nötig zu erklären, worin die Schwierigkeiten bestanden, die seitens des Betriebsrates gemacht wurden. Ferner erklärte die Direktion, daß es keinen Wert habe, noch mit dem Demobilisationskommissar zu verhandeln. Trotzdem griff letzterer ein und versuchte noch eine Verständigung herbeizuführen. Diese scheiterte aber an dem abnehmenden Standpunkt der Direktion. Die Belegschaft beschloß aber, bevor die Arbeit eingestellt würde, dem Schlichtungsausschuß die Anwesenheit noch einmal zu unterbreiten. Der Schlichtungsausschuß gab am 7. März seinen Spruch dahin ab, daß die Entlassung des Kollegen K. o. B. zu Unrecht erfolgt sei und sprach die bestimmte Erwartung aus, daß die Direktion nunmehr K. o. B. weiter beschäftigen solle. Auch dieses letzte die Direktion ab, sodaß also der Kampf nicht mehr zu vermeiden war. Bei der Abstimmung stimmten 1450 Kollegen für den Streit und nur 54 dagegen. Ob dieser Kampf noch weitere Folgen zeitigen wird, d. h. ob noch andere Betriebe in Mitleidenschaft gezogen werden, sieht noch nicht fest. Jedenfalls wird aber das Wirtschaftsleben Lübeds schwer erschüttert werden. Die Verantwortung hierfür trägt einzig und allein die Direktion des Flenbterwerfs, die unter keinen Umständen von ihrem Herrenstandpunkt abgehen will. Die Lübeder Arbeiterschaft kann aus diesem Vorgange ersehen, daß dem Unternehmertum nichts an dem Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens liegt, sondern daß es trotz der Revolution nichts gelernt und nichts vergessen hat und daß es mit allen Mitteln versucht, die vorwärts strebende Arbeiterschaft nieder-

## Ludwig und Annemarie.

Erzählung aus dem Ries von Melchior Meyr.

### 4. Fortsetzung.

Ludwig triumphtierte innerlich und wollte nach einem solchen Triumph im Singen keiner neuen Versuch mehr machen. Aber noch blieb etwas übrig, was seinen Effekt nicht verfehlen konnte. Er griff ruhig in die Tasche und legte, als war es ihm nichts, einen Kronentaler auf den Teller. Der Kamerad mußte nun ein Meßerges tun und legte wenigstens einen halben dazu. Die Gesichter der Musikanten leuchteten. Sie spielten mit Leidenschaft einen Marsch darauf, der wie ein Tusch Klang, und der Hornist blies, daß ihm beinahe die Baden plagten. Als das Stückchen zu Ende war, strich er das Geld ein und sagte mit schelmischem Schmunneln: „Bleibt recht gesund, bis ihr's wieder kriegt!“

Es war ein Uhr geworden und die meisten jungen Leute gingen wieder an zu tanzen. Auch Hans zeigte Lust dazu, aber Hans erklärte, sie und Annemarie müßten nach Hause. Die Mädchen nahmen Abschied und Annemarie dankte Ludwig gar schön für die Ehre, die er ihr angetan habe. Sehr gern hätte sie die Verliebten ihre Mädchen nach Hause geführt, aber die Bäckers-ochter bestand darauf, daß sie hier bleiben sollten. Sie durften ihnen nur auf der Treppe noch die Hand geben und gute Nacht sagen.

Ludwig ging in die Stube zurück, um das letzte Glas Wein auszuschöpfen. Er war aber heute zu glücklich gewesen, als daß nicht ein Dämon sich gereizt fühlen sollte, in den Honigtrank einige Tropfen Galle zu mischen; und so trat denn ein solcher in der Gestalt des Betters der beiden Langgewachsenen zu ihm und sagte: „Du hast dich ja heute recht lustig gemacht, Ludwig. Allen Respekt vor dein tanzen und Singen! Dein Vater hat dich mit der schönen Annemarie auch einmal tanzen lassen, aber dem Meint's nicht gefallener zu haben, denn er ist gleich wieder fortgegangen.“ Diese hoshafenen Worte gaben Ludwig einen Stich ins Herz und jagten ihm das Blut ins Gesicht. „Meinetwegen!“ erwiderte er trocken; der andere, der seinen Zweck erreicht hatte, ging vergnügt auf den Tanzboden. Alles, was mit keinem Glück in Widerspruch trat, stellte sich dem armen Burschen gegenständig vor die Seele, und eine große Unruhe besaß ihn. Allein für heute war der Strom der Freude noch zu mächtig und die Sorge wurde von ihm hinweggespült. Eine halbe Stunde später ging er nach Hause, glücklich im Nachgefühl des Erlebten.

Nach einem unruhigen Schlaf erwachte Ludwig zur gewöhnlichen Zeit. Sein Bruder, der in derselben Kammer schlief, kamachte noch, obwohl er gestern schon bald nach Verzehrnung des Bratens, den Ludwig vom abendlichen Hochzeitsmahl nach Hause gebracht hatte, zu Bette gegangen war. Als unser Freund überdachte, was gestern geschehen war, fing sein Herz an zu klopfen. Freude und Angst erhoben sich und wechselten in seinem Herzen,

bis die Angst zuletzt die Oberhand gewann. Eine Zeitlang ließ er sich ruhig von ihr quälen; dann sagte er einen Entschluß, Kleide sich an und ging mit festen Schritten, dem man aber doch das Absichtliche ansah, in die Stube hinunter. Die Morgenrot schien durch die Fenstersehnen und die friedliche Szene bildete einen eigenen Kontrast zu der Verwirrung in seinem Herzen. Er ging in „das Kanzlei“, das in den Bauernhäusern gewöhnliche Nebenzimmer zum besonderen Gebrauch der Familie, von der Stube durch eine hölzerne, mit brauner Lackfarbe bestrichene Wand getrennt, welche mit der einen Seite des Ofens zusammenzulassen pflegt. Der Vater lag an dem Wandtisch mit tiefem Schlaf und die Mutter brachte eben den Kaffee. Ludwig bot ihnen mit etwas ungeduldriger Stimme Guten Morgen und setzte sich zum Frühstück. Zu gleicher Zeit kamen die „Echalten“ (Knechte und Mägde), in die Stube, um die Morgensuppe zu verzehren. Der Oberknecht und die Magd waren auf dem Anstrich gewesen; sie blinzelten sich nun zu und haben auf das Kanzlei mit jenem Vergnügen, welches die schwache menschliche Seele zu empfinden pflegt, wenn unter Höherstehenden ein standortlicher Streit zu erwarten ist. Allein der Angerbauer war nicht der Mann, sich und seine Familie preiszugeben, wenn der Zorn über seinen Verstand nicht Herr wurde. Er wartete mit der Anrede, die er Ludwig zubachte, und erst als der letzte der Echalten die Stube verlassen hatte, begann ein Dialog, den wir, um den Lesern eine kleine Probe davon zu bieten, in dem kleiner Dialekt wiedergeben wollen.

Der Alte sagte mit bitterem Spott: „No, du hofft de ja gekert recht auszuführen! Nachst mer a rech'n Ehr, des muß i sagal Aufm A'eng, wo Bauernochter send, tanzt du da' ganz'n Obed mit'r Magd! Und net genug damit, best sie oh no' neba' de he' und regierst sie!“ — Ludwig, der sah, daß dem Vater schon geplaudert worden war, und die Laßache nicht leugnen konnte, hing sich an ein Wort und sagte: „No, a Magd ist sie grad net!“

Der Angerbauer fuhr auf und blidte ihn mit drohenden Augen an. „Schweig“, sag i d'r! Mag sie sei, was sie will, sie ist net dei's gleiche, und es ist a Schimpf und a Schand, daß du di so mit'r abghe'a' host! Wann du d's Ruhraurs Rabe“ (die Reichte im Dorfe), so traktiert hästst, so wär's o' schickeng a' weja'! Was wird die Er' s'aga' und ihr Vater? Die weara' se recht fräa', wenn se häara', wie du di auszuführen host, und“ (setzte er verächtlich hinzu) „mit weam!“

Der Angerbauer war vor diesen Worten sichtlich getroffen. Er sagte nichts Besseres zu seiner Entschuldigung zu sagen, als: „Sie tanzt so guat!“ — „Tanzt so guat!“ rief der Alte mit grimmigem Lachen. „Ist des a'n Ausred? Tanzt ander Mädla' net oh guat? Muach ma dorom a herg'lossens Mädle mit Wei' traktierst? Wai, schäm di!“ — Er war aufgestanden und wendete dem Schuldigen den Rücken zu.

Sein Zorn hatte offenbar den jetzt möglichen höchsten Grad erreicht. Ludwig, entsetzt über den Ausdruck herg'lossens Mädle,“ und fühlend, daß jetzt überhaupt nicht mehr mit ihm zu reden sei, verstaumte und sah finster vor sich hin. — Nach einer Weile drehte sich der Alte wieder zu dem Tisch und sagte: „I will

me ich net verzürna! G'heh'n ist g'heh'a! Der dumm Stroech ist g'macht! Aber,“ setzte er mit drohend erhobenem Zeigefinger und mit entprechend verstärktem Tone hinzu, „des rot i d'r in Guatam: loß mi so ebbes net widder hörata! Denn sonst — — du kennst mi!“ — Er wendete sich ab und verließ mit festen Schritten die Stube.

Man sieht, der Vater war nur über das öffentliche Vergernis entzündet, welches Ludwig gegeben, und krafte nur dieses. Daß kein Sohn auf Annemarie ernstliche Absichten haben und um ihresswillen die Eva lassen könnte, das kam ihn gar nicht in den Sinn. Hätte er Ursache gehabt, an so etwas nur zu denken, so wäre natürlich ein ganz anderer Sturm losgebrochen.

Der Delinquent atmete auf, denn im Grunde war er noch gut angekommen. Von der Mutter fürchtete er wenig. Er war ihr Liebling und wußte, daß Frauen solche Verirrungen des Herzens überhaupt gimpflicher aufzufassen pflegen. Er täuschte sich nicht. Während der Alte sprach, hatte die Mutter zu wiederholten Malen erasthaft mit dem Kopfe genickt, dadurch ihr vollkommenes Einverständnis an den Tag legend. Als er fort war, nahmen ihre Züge einen milden Ausdruck an, und den Sohn bei der Hand fassend begann sie: „Aber ich sag' m'r vor, Ludwig, wie ist's mögleng, daß du di so host vergesa' und dei'm Vater und mir so ebbes a'loa' lönnst?“

Ludwig hatte seinen ganzen Humor wieder. Da er noch keinen Plan über die Zukunft gemacht hatte, nach welchem er handeln konnte, so folgte er instinktmäßig dem Triebe, sich mit seinen Eltern wieder gut zu stellen, und sagte, allerdings nicht sehr eierlich: „Du moest ja, Mutter, wie's oem got, wama lufeng ist und Bier und Wei' im Kopf hot!“ — „Jawohl,“ verlegte die schon halb beglückte Mutter, „aber was'viel ist, ist'viel!“ Die ganz Nacht mit oem Mäde' z'tanga, die oen neg' a'got! I' häst' di wärlt für g'heiter g'halt'!“ — „I' hab' d'r ja scho' g'kakt,“ erwiderte Ludwig, „se tanzt so guat; und“ fügte er nicht ohne schlaue Absicht hinzu, „i' hab' g'heh'a, daß sie oh geara' mit mir tanzt!“

Die Angerbauerin konnte nicht umhin, heftiger auszusprechen. Sie hielt natürlich ihren Ludwig für den schönsten und geschicktesten Burschen in der ganzen Umgegend, und daß er den Mädchen so sehr gefiel, konnte ihr nichts weniger als unannehmlich sein. Sie sagte daher mit dem Lächeln einer etwas eiteln Mutter: „Des glob' i, daß se so a Mäde' frät, wann du mit'r tanzt; aber des ist fo' Entschuldigung für di!“ — Eine bessere Regelung machte sich in ihr geltend und sie fügte hinzu: „Die Annemarie ist zu guet dafür, daß so a junger Mensch 'n Spak mit ihr macht. Sie ist brav und ordentlich und 's wird se g'wiß a possender Wa' für se finda'. Es wär a Schind und a Schand, wann du ihr da' Kopf verbrocha' und sie ins O'alka' bringa' täst!“ — „No,“ sagte Ludwig, „so arg' wär's net weara!“ — Mit Eifer verlegte die Mutter: „I' hoff's oh net! Du host dein' Vater g'hört und moest, er häst was' r'kakt! I' hoff, 's ist bei' lekt'a' Dumtheit a'wesa'!“ — Rufener setzte sie hinzu: „So, ich gang' naus zu dei'm Vater und moch'n widder gut!“

(Fortsetzung folgt.)

and rücken. Es ist deswegen die heiligste Pflicht der gesamten Arbeiterkammer, die strengste Solidarität zu üben, damit dieser Kampf zu einem siegreichen Ende geführt wird.  
Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Von der Direktion der Glendornwerft geht uns kurz vor Redaktionsschluss ein Schreiben zu, worin es u. a. heißt: Der Schlichtungsausschuss habe nicht den Schiedspruch gefällt, daß die Entlassung zu Unrecht erfolgt sei. Wir werden die Zuschrift morgen veröffentlichen.

Meidet Sonntags die Friseurgeschäfte! ist die Parole, die die Arbeiterkammer des Friseurgewerbes voriges Jahr in Lübeck erlassen hatte. Leider mußten wir dieses Ziel fernerzeit wieder begraben. Wir geben diese Parole aufs neue aus. An alle Hand- und Kopparbeiter richtet wir die dringende Bitte, die Friseurgeschäfte am Sonntag zu meiden. Jetzt, wo wir die genübende Erfahrung gemacht haben, daß Sonntags nur ein Bruchteil der Kundschaft uns besucht, mögen auch die wenigen sich Sonnabends bedienen lassen. Verheißt sämtlichen Angestellten des Friseurgewerbes zur Sonntagsruhe, deren Dank ist Euch gewiß. Fast die Hälfte aller selbständigen Friseure ist heute schon ein Freund der Sonntagsruhe, nur wollen sie sich der Kundschaft gegenüber nicht so kundgeben. Bei den Damenfriseuren ist der Kampf etwas härter. Aber auch hier muß Breche geschlagen werden, dazu verheißt uns, zum vollen Erfolg, damit am 1. April 1922 die Sonntagsruhe im Friseurgewerbe eingeführt wird.  
Arbeitnehmerverband des Friseur- und Haargewerbes Lübeck.  
A. U. S. Knop.

In der letzten Versammlung der Bürgerschaft wurden nach 10 Uhr noch folgende Beschlüsse angenommen: 1. Besoldung der Studienassessoren, der Hilfslehrer und Hilfslehrerinnen, 2. Staatsbeihilfe für die katholische Gemeindeschule für das Rechnungsjahr 1922, 3. Staatsbeihilfe für die von Großheimische Privatrealsschule für das Rechnungsjahr 1922, 4. Übernahme des Schulbetrages der kaufmännischen Fortbildungsschule für das Rechnungsjahr 1920/21 auf die Staatskasse, 5. Staatsbeihilfe für die Jenische Freischule für das Rechnungsjahr 1922. Zu letzterem Antrag beschloß die Bürgerschaft folgendes von Ambrosius (Dem.) beantragte Ersuchen dem Senat entgegenzubringen: Die Bürgerschaft ersucht den Senat die Stiftungsbehörde zu beauftragen, mit der Vorsteherchaft der Jenischen Freischule in Verhandlungen darüber zu treten, 1. ob die Schülerinnen den öffentlichen Volksschulen zugeführt werden können und 2. wie die Mittel der Stiftungen im Interesse der Stadt Lübeck weiter nutzbringend zu verwenden sind. Den in der vorigen Verhandlung von Ambrosius gestellten Antrag, die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Betriebsbehörde anzuweisen, eine Beleuchtung der Straßen — wenn auch wegen der herrschenden Kohlenknappheit in beschränktem Maße — unverzüglich in die Wege zu lenken, lehnte die Bürgerschaft ab. Den Antrag von Frau Zimmermann (D. V.): Die Bürgerschaft ersucht den Senat sofort bei der Reichsregierung dahin vorzutreten, daß gegen das verbrecherische Treiben vertriebenen Händler, die das Brotgetreide der kommenden Ernte zu Wucherpreisen bis 2200 Mk. und mehr per Doppelzentner ankaufen, unumwiderrlich mit allen gesetzlichen Mitteln vorgegangen wird, beschloß die Bürgerschaft mit Zweidrittelmehrheit an den Senat zu richten. Im Verlaufe der Verhandlung des Antrages Mittel (Roman.) bez. Ammelterung der gemahlgeten Eisenbahner wurde die Versammlung beschlußunfähig und wurde um 10,50 Uhr vertagt.

Beim Abtreiben resp. Kuppeln hatten sich am Mittwoch die Stütze K., der Kaufmann Sch., der Böttchermesser H. und die Wittib R. vor der Strafkammer zu verantworten. Die Verhandlungen, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt wurden, ergaben folgendes Bild: S. hatte Ende 1920 Fräulein K. kennen gelernt und mit ihr einen Verkehr gepflogen, der nicht ohne Folgen blieb. S. war der weise Mann, der die Folgen beseitigen sollte und auch beseitigt hat. Letzterer hat zweimal mit dem Mädchen Manipulationen vorgenommen, jedesmal aber vorher mit der Geschwängerten intim verkehrt. Die ganze Sache hat sich in einem Zimmer des Restaurants der Frau R. abgepielt. Sie soll davon nicht nur gewußt, sondern die Sache auch begünstigt haben. Außerdem wird ihr in mehreren Fällen Kuppeln zur Last gelegt. Für die Angeklagte K. hat die Sache schlimme Folgen gehabt, denn das früher jugendliche und gesunde Mädchen ist jetzt gänzlich gelähmt und muß auf Krücken gehen. Ob die Lähmung auf die Eingriffe oder auf den Verkehr zurückzuführen ist, ist ungewiss, ist nicht festgestellt. Der Erste Staatsanwalt verzögerte dieser Angeklagten das Mittel nicht. Er hielt aber eine Strafe von 6 Monaten für angemessen. Der Antrag gegen Sch. lautete auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, gegen H. den er ersuchend den Verkehr mit der Angeklagten anzurechnen, 2½ Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust und gegen Frau R. wegen Begünstigung der Abtreibung und Kuppeln 3 Monate Gefängnis und 2000 Mk. Geldstrafe. Das Urteil lautete: Gegen Fräulein K. auf 6 Monate Gefängnis. Sie wurde mit einer Bewährungsfrist von 3 Jahren bedingt begnadigt. Sch. erhielt 1 Jahr Gefängnis und wurde sofort verhaftet; H. 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust; Frau R. wegen Kuppeln 3 Monate Gefängnis. Diese Strafe wurde in eine Geldstrafe von 6000 Mk. umgewandelt. In einer weiteren Abtreibungssache mit tödlichem Ausgang hatte der Böttchermesser H. sich ebenfalls zu verantworten. Er hatte bei der im Januar vorhergehenden Verhaftung K. im Juli 1921 eine Abtreibung vorgenommen. Letztere war von ihrer Schwägerin in ihrer Wohnung vorgenommen und dort die Sache gemacht worden. Die vier daher wegen Beihilfe angeklagt, ebenfalls die Schwägerin U. Urteil: H. wegen Abtreibung mit tödlichem Ausgang einschließlich der vorerwähnten Strafe 4 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust; Frau U. erhielt 2 Monate Gefängnis. Diese Strafe wurde in eine Geldstrafe von 1000 Mk. umgewandelt. Frau Sch. erhielt wegen Beihilfe 7 Wochen Gefängnis. Zug diese Strafe wurde in eine Geldstrafe von 600 Mk. umgewandelt.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. März 1922: 44256 Mitglieder gegen 40897 im Jahre 1921. Am März 1921 16207. Arbeitsunfähige Kranke waren am letzten Dezember 1921 1044 Männer (1921 733) und 971 Frauen (1921 765). Ausweisung für Familienangehörige zur Krankenversicherung 28884. Die Behandlung wurden im Februar 1922 28891 erteilt. Sterblich wurde im Februar für Mitglieder in 33 Fällen, für Angehörige in 33 Fällen gewährt. Uebertretungen arbeitsunfähiger Mitglieder gegen die krankenkassenrechtlichen Bestimmungen waren in 50 Fällen mit Strafe zu belegen. Die freiwilligen Krankenbeiträge werden von Montag bis Donnerstag jeder Woche eingezogen.

Kranke und Nichtkranke. Nach einem neuerlichen Entschluß des Reichsversicherungsamtes sollen auf den Deutschen Reichsbahnwerken zu bester Durchführung des Krankendienstes in den Jahren, wenn irgend möglich, für Kranke und Nichtkranke ganz Wagen bereitgestellt werden. Die Wagen werden an der Mitte durch größere Schieber zerlegt werden. Wo in kleineren Betrieben für diese Trennung die Anzahl der Wagen nicht ausreicht, wird es bei der Trennung nach Umständen bleiben. Das Ziel und Zweck der Maßnahme ist, um auch auf diesem Gebiete wieder Ordnung zu schaffen, besonders nachdrücklich anzuweisen werden. Die strenge Beibehaltung des Krankendienstes in den Krankenzugängen und Abfahrten zu übernehmen und an der Spitze von sich aus, nicht erst auf die Anweisung der Reisenden hin, gegen jede Verletzung einzuschreiten. Bei ansonsten Vergehungen haben die Beamten die Befugnisse der bez. Reichsbahnbehörden und Anzeigen zu erstatten, damit die polizeiliche Sanktion der An-

wandernden herbeigeführt werden kann. In besonders schweren Fällen (bei ausdrücklicher Verweigerung der Befolgung des Verbots oder wenn bei Feststellung der Personlichkeiten Schwierigkeiten gemacht werden) können die betr. Reisenden nach § 11 (1) der Reichs-Verkehrs-Ordnung von der weiteren Mitfahrt ausgeschlossen werden. Besonders hervorzuheben sei, daß in den Nichtkranke- und Frauenabteilen auch dann nicht geraucht werden darf, wenn die Mitreisenden es gestatten.

Sind Kirchensteuern abzugsfähig? Die Frage der Abzugsfähigkeit der Kirchensteuern bei Ermittlung des steuerbaren Einkommens war bisher streitig. Auf Veranlassung des Reichsministers der Finanzen hat der Reichsfinanzhof hierzu folgendes Gutachten abgegeben: Kirchensteuern sind bei Ermittlung des nach dem Einkommensteuergesetze steuerbaren Einkommens von Gesamtbeträge der Einkünfte im allgemeinen nicht abziehbar. Sie können aber zum Abzug zugelassen sein, wenn sie nach dem für die Kirchensteuer maßgebenden Gesetz als Ertragsteuern von bestimmten Vermögensteilen des Steuerpflichtigen ohne Rücksicht auf dessen Wohnsitz und dessen Zugehörigkeit zur Religionsgemeinschaft erhoben werden, oder wenn sie aus sonstigem Grunde als Werbungskosten zu betrachten sind.

Die „Vogelsteine“ zu 50 und 20 Pfennig, die von der hiesigen Stadtasse ausgegeben sind, verlieren mit dem 15. d. M. ihre Gültigkeit. Die Stadtasse löst sie noch bis zum 31. d. M. ein, später aber nicht mehr.

Der Norddeutsche Lloyd im Jahre 1922. In der Sitzung des Aufsichtsrates des Norddeutschen Lloyd vom 7. März wurde das Geschäftsergebnis für 1921 vorgelegt, welches die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent auf das erhöhte Aktienkapital von 250 Millionen gestattete, vorbehaltlich der Genehmigung der am 29. März stattfindenden Generalversammlung. Die Betriebsüberschüsse weisen eine Höhe von 100,4 Millionen auf, denen an Unkosten 37,2 Millionen und an Ansehensbeiträgen 2,3 Millionen gegenüberstehen. Nach Abrechnung von 11,5 Millionen auf Fahrzeuge und 3,7 Millionen auf Grundbesitz, Gebäude und Anlagen bleibt ein Ueberschuß von 45,7 Millionen. Es wird der Generalversammlung vorgelegt, von dieser Summe 2,5 Millionen der gesetzlichen Rücklage und 2 Millionen der Erneuerungszulage zuzuführen, für Steuern 15 Millionen zurückzustellen und 10 Prozent gleich 25 Millionen Gewinn an die Aktionäre zu verteilen. In der Bilanz erscheinen 25 Seeadamper, 26 Stahldampfer, 4 Barkassen, 170 Leichter usw. mit einem Buchwert von 90,4 Millionen und im Wiederaufbaukonto Anzahlungen auf Neubauten usw. 571,7 Millionen. In Barkaufhaben sind 207,2 Millionen und Wertpapiere von einem Buchwert von 155,8 Millionen vorhanden, während sich die Vorräte auf 12,2 Millionen und Schafner und transitorische Boote auf 427,5 Millionen betragen. Die Rücklagenbeträge nach Zuweisung des Aufgebotes von 10 Prozent auf die im letzten Jahre durchgeführte Kapitalerhöhung von 125 Millionen Mark und der diesjährigen Annehmungen betragen insgesamt 63 Millionen Mark. Das Wiederaufbaukonto zeigt unter Verbindlichkeiten 600,3 Millionen; Gläubiger und transitorische Boote sind mit 458 Millionen nachzuweisen.

Wahl für Handel und Gewerbe e. S. m. v. S., Lübeck. In der Bilanz-Sitzung wurde beschlossen, von dem erzielten Reingewinn im Betrage von Mk. 1 099 188.— (gegen Mk. 637 885.— im Vorjahre) 9% Dividende zur Verteilung zu bringen, Mk. 989 660.— ausfall. der Eintrittsgelder von Mk. 106 940.— = Mk. 495 000.— den Rücklagen zuzuführen, Mk. 819 885.— zur Abschreibung auf Inventar und Umbauten zu verwenden, Mk. 40 000.— für gemeinnützige Zwecke zurückzustellen und den Rest von Mk. 77 712.— auf neue Rechnungen vorzutragen. Der Gesamtumsatz erhöhte sich gegen das Vorjahr um Mk. 1 700 000 000.— auf ca. 5 000 000 000.—, die Bilanzsumme um Mk. 34 000 000.— auf ca. 72 000 000.—, Geschäftsausgaben um ca. Mk. 2 000 000.— auf Mk. 5 000 000.—, die Mittelbeziehung um 579 auf 2877. Die Gesamtrücklagen vermehrten sich um Mk. 495 000.— auf Mk. 1 820 000.—, die fremden Gelder um ca. Mk. 18 000 000.— auf Mk. 48 912 356.—.

Hiebmanus. Das Märzprogramm hat diesmal eine besondere Eigenartlichkeit. Es ist durch den über Deutschland hinaus bekannten rheinischen Humoristen und Verwandlungsschauspieler Hermann Meßrum auf ausgelassene Fröhlichkeit gestimmt. Wir begegneten Meßrum bereits vor 15 Jahren und können nur sagen, daß sein urwüchsiges Humor, der schon sehr ansehnlich wirkte, sich noch bedeutend vervollkommen hat. Seine Darbietungen wirken zweifelsfrei und der Applaus nimmt natürlich kein Ende. Das gleiche gilt für die Nummer Dickson. All die Erzählungen aus Indiangeschichten, wie Messer, Tomahawk und Lasso werden auf Reizigen, werden hier zur Wirklichkeit. Es ist unglücklich, wie so ein Satz in der Hand eines Meisters gehorcht durch die Luft fliegt. Aber die Dicksons sind auch Meisterstücke. Einmal ist der Zeitpunkt die Schande eines Messers: die Kugel wird mitnehmbar gespalten. Während von Kunststücken verschiedener Art unterhalten den kommenden Zuschauer bis zum Ende. Die reizenden Kömme sind besonders hervorzuheben. Ganz hervorragend ist diesmal auch die Akrobatiknummer. Die jungen Leute mühen wirklich im Schweiß ihres Ansehens ihr Brot verdienen. Es sind durchweg große Leistungen. Der lebenswichtige Kapellmeister Simon de Weille hat ein gutes Herz und läßt die junge Welt (auch die alte fehlt nicht) ausgiebig zum Tanzen kommen. Also ist Fröhlichkeit das Signum des Märzprogramms.

Lübeker Konservatorium der Musik. Die auf breiter Grundlage geplante Fortführung des Instituts kann nicht verwirklicht werden. Studiendirektor Dr. Haarer-Reinwald aus Kiel, der bereits seine prinzipielle Zusage gegeben hatte, hat sich veranlaßt gesehen, seine Zusage zurück zu nehmen. Voraussetzungen wird der ursprünglich gehegte Plan, das Institut unter Leitung von Frau Koch-Gedde in kleinerem Maßstabe fortzuführen, wieder aufgenommen werden.

### Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Freitag zum ersten Male in dieser Spielzeit: „Tosca“. Am Sonnabend letztes Gastspiel von Eva-Mice Cron in dem erfolgreichen Orphee: „Die Ballerina des Königs“. Der Bordort für die Festvorstellung am 29. April „Freischütz“ hat bereits begonnen.

Schauspieltheater. Donnerstag und Freitag: „Der letzte Walzer“. Sonnabend und Sonntag: „Prinzessin Dalila“.

Lübeker Industrie-Verein. Am Freitag, dem 10. März, abends 8½ Uhr im großen Saal der Schiffereckschiff Vorzug des Geschäftsführers des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Dr. A. Schneider, Berlin, über Wirtschaftspolitik.

### Angrenzende Gebiete.

Sensung. Verhaftete Felschmünzgerhande. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, eine internationale Falschmünzgerhande, die deutsche Falschmünzgerhande der Ausgabe vom 24. Juni 1919 veranlagte, festzunehmen. Geheuer ergriffen bei einer Besuche der Böttchermesser Kajdas Josef Dibijsch aus Eisenmühle in Polen, der Pöggel in zu begreifen. Dabei gab er 17 falsche Falschmünzgerhande mit in Zahlung. Die Falschmünzgerhande wurde sofort erbeutet und er mit einem 14 Jahre alten Sohn Konrad, der

bei ihm war, verhaftet. Zur Zeit der Verhaftung ließ bei der Kriminalpolizei ein Ersuchen der Postüberwachungsstelle in Berlin ein, sich den Reallehrer Matthias St. etwas näher anzusehen. Diese Besörde hatte einen Brief aufgefunden, der von Antwerpen kam und Dibijsch als Absender, St. als Empfänger angab. Der Brief enthielt auch eine Anzahl falscher Falschmünzgerhande derselben Art, wie die, hier vor L. ausgegebenen. Dieser hatte bei seiner Verhaftung noch 13 Falschnoten im Besitz.

Hamburg. Das Bürgerchaftsmitglied Köppen verhaftet. Der seit dem Märzputz 1921 nach Aufhebung der Immunität von der Hamburger Staatsanwaltschaft verfolgte Kommunist Köppen ist in der Nacht zum Mittwoch an der Hamburg-Wandsbeker Grenze verhaftet worden. Köppen hatte sich nach seiner damaligen Flucht unter falschem Namen verborgen gehalten. Er wurde in der Nacht zum Mittwoch in eine Schlägerei an der Hamburg-Wandsbeker Grenze verwickelt und in angezwickeltem Zustand festgenommen. In diesem Zustand nannte er bei der Sittierung keinen richtigen Namen und man erkannte sofort den gesuchten Köppen.

Euxhaven. Die Lohrbewegung im Fischereigewerbe für Euxhaven und die Unterweserorte wurde dadurch Schiedspruch beendet. Nunmehr beträgt der Wochenlohn ab 1. März 1922 600 Mark. Auf alle übrigen Löhne erfolgt ein Aufschlag von 20 Prozent.

Schwerin. Durch Schiedspruch über Lohnerhöhung der Landarbeiter wurden folgende Lohnsätze festgelegt: 1. Für den verheirateten Freiarbeiter pro Stunde 4,70 Mk. und für die Ernte 5,95 Mk. Außerdem erhält er die im dritten Absatz unter B des Tarifvertrages für das ganze Vertragsjahr angeführten 20 Quadratrueten Kartoffelland frei. Desgleichen weitere 20 Quadratrueten Kartoffelland für die Zeit vom 1. März bis zum 31. Oktober 1922. Die 4 Pfund Korn zu 90 Pf. bleiben von Bestand. (Zuständige Kreischiedsstelle kann für verheiratete städtische Freiarbeiter Zuschläge von 20—40 Proz. und darüber festlegen.) 2. Unverheiratete Freiarbeiter, die nicht beim Arbeitgeber verpflegt werden, erhalten pro Stunde 4,20 Mk., in der Ernte 4,85 Mk. Unverheiratete Freiarbeiter, die beim Arbeitgeber verpflegt werden, erhalten 3,40 Mk., in der Ernte 4,05 Mk. pro Stunde. Der Satz für Kost und Logis bleibt mit 3 Mk. für Bestand. 3. Jahreslöhner. Jahreslöhner erhalten 20 Proz. Aufschlag auf die Jahreslohnsätze. 4. Frauen. Frauen erhalten pro Arbeitsstunde 3 Mk. 5. Bäuerliche Wirtschaften unter 400 Morgen zahlen für die nicht zu liefernde Feuerung 1200 Mk. 6. Ortsanständige Arbeiter. Die Entlohnung des ortsanständigen Arbeiters blieb strittig und soll in den nächsten Tagen nochmals verhandelt werden.

### Gewerkschaften.

#### Ein Stundenlohn für die Gewerkschaft.

Die Gewerkschaften sollen Kampforganisationen sein. Zum Kampfen — zum Kriegführen — gehört aber nach einer alten Weisheitslehre recht viel Geld. Deshalb müssen auch die Gewerkschaften bestrebt sein, ihre Einnahmen entsprechend der allgemeinen Geldentwertung zu erhöhen. Nur dann ist es möglich, die Unterhaltungskosten für kämpfende Genossen so zu erhöhen, daß sie über verdienstlose Zeit hinwegkommen und auch die sonstigen Einrichtungen der Gewerkschaften weiter auszubauen. Fast alle Gewerkschaften sind bemüht, ihre Beiträge den veränderten Umständen anzupassen. Das gelingt aber nicht immer. Nach altem Brauch findet meist vor jeder Beitragserhöhung eine Urabstimmung unter den Mitgliedern statt. Dieser Apparat ist aber ziemlich umständlich. Ehe es gelingt, die erhöhten Beiträge in die Verbandskasse fließen zu lassen, hat die im rasenden Tempo sich bewegende Feuerzunge weitere Fortschritte und die Beitragserhöhung illusorisch gemacht. Einzelne Gewerkschaften sind deshalb dazu übergegangen, ihrem Verbandsbeitrag die Festsetzung der Beiträge zu übertragen. Andere haben daneben den Grundsatz aufgestellt, daß der Wochenbetrag für die Gewerkschaft stets etwa einen Stundenlohn betragen soll. Steigert sich dieser, so tritt auf einfachen Beschluß der Mitglieder der einzelnen Verwaltungstellen ein erhöhter Beitragsatz in Kraft. Durch diese Art gleichzeitiger Beitragsstala wird die Verbandsstala stets intakt gehalten, ohne daß erst große, mit Gebrausausgaben verknüpfte Kongresse usw. nötig sind.

Zu den Verbänden, die auf diese Art ihre Kassen stärken, gehört in erster Linie der Deutsche Holzarbeiterverband. Dessen Verbandsstatut schreibt vor, daß der Wochenbeitrag in Höhe eines vertraglichen Mindeststundenlohnes erhoben wird. Die einzelnen Verwaltungstellen wählen unter den zehn Beitragsklassen diejenige, die dem vertraglichen Mindestlohn am Ort oder für den Beruf am nächsten kommt. Bei der letzten Beitragserhöhung ist eine Urabstimmung im Verbande vorgenommen worden, die eine große Mehrheit für die Einführung der höheren Beitragserhöhung ergab. Um den umständlichen und kostspieligen Apparat einer Urabstimmung zu vermeiden, ist das letztemal eine Umfrage bei den Ortsverwaltungen veranstaltet worden, bei der diese mit wenigen Ausnahmen gegen die Urabstimmung erklärten. Bei dieser Sachlage trante sich die Gauvorsteherkonferenz, die am 27. und 28. Februar in Berlin tagte, darauf beschränkten, über die neu einzuführenden Beitragsklassen zu entscheiden.

Die Konferenz hielt es für zweckmäßig, gleich jetzt Beitragsklassen festzusetzen, die auch für die Orte mit den höchsten Löhnen zwar nicht sofort, aber doch in absehbarer Zeit in Betracht kommen. Dabei wurde lebhaft bedauert, daß andere Gewerkschaften mit ihrem Beitrag so weit hinter dem Maß zurückblieben, das für die Holzarbeiter bei den Aufgaben, die ihr Verband zu erfüllen hat, unerlässlich ist. Beschlissen wurde, vom 1. April an zehn Beitragsklassen zu führen mit Wochenbeiträgen von 50 Pf. (nur für Lehrlinge), 3 Mk., 4 Mk., 6 Mk., 8 Mk., 10 Mk., 12 Mk., 14 Mk., 16 Mk. und 18 Mk. Für die neuen Beitragsklassen wurden Unterhaltungsätze in entsprechender Höhe festgelegt. Hierbei wurde einstimmig die folgende Entschlieung angenommen:

Die Gauvorsteherkonferenz erwartet, daß die statutarische Bestimmung, wonach der Verbandsbeitrag wenigstens dem vertraglichen Mindeststundenlohn entsprechen muß, in allen Verwaltungen restlos durchgeführt wird. Bei weiteren Lohnerhöhungen ist stets sofort eine entsprechende Erhöhung der Beiträge vorzunehmen. Die Gauvorsteher verpflichten sich, für die Durchführung dieser Bestimmungen in den Verwaltungstellen Sorge zu tragen. Der Vorstand wird beauftragt, streng darüber zu wachen, daß den Verwaltungen keine Marken verabsolgt werden, die unter dem für die betreffenden Mitglieder geltenden Pflichtbeitrag liegen.

Die Gauvorsteherkonferenz begrüßt es, daß in steigender Zahl auch von anderen Gewerkschaften der Grundlag angenommen wird, den Gewerkschaftsbeitrag einem Stundenlohn gleich zu setzen. Sie fordert den DGB, auf dahin zu wirken, diesen Grundlag in allen Gewerkschaften durchzuführen.

Das weitaussehendere Vorgehen des Deutschen Holzarbeiterverbandes ist zu begrüßen. Es sieht zu erwarten, daß der DGB, der Aufforderung nachkommt und darauf hinwirkt, daß alle Gewerkschaften zu diesem System der Beitragsbemessung greifen.

Im Stettiner Hafen haben die Hafen- und Kohlenarbeiter, die seit Mittwoch voriger Woche im Streik standen, auf Grund eines von beiden Parteien angenommenen Schiedspruches die Arbeit wieder aufgenommen.

**Verfälschter Unternehmerjubiläum.** Gegen den Achtfundentag spielen die Unternehmer Gift und Galle. Unmühsam kommt es aber auch ihnen zum Bewußtsein, daß ihre volkswirtschaftlichen "Gründe" gegen den Achtfundentag nirgends mehr ernst genommen werden. Selbst zahlreiche Unternehmer haben, gestützt auf ihre praktische Erfahrung, erklärt, daß der Achtfundentag unsere wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung nicht im geringsten hemmt, im Gegenteil, er sie fördert. Auf diesem Wege kommen die Feinde der Arbeiter also nicht zum Ziel. Nunmehr versuchen sie, die Arbeiter vor ihren Karren zu spannen. Ihre Forderung auf Leistung von Ueberstunden dient in vielen Fällen diesem Zweck. Den Arbeitern wird alles mögliche erzählt, um sie von der Notwendigkeit der Ueberzeitarbeit zu überzeugen. Gehen nun die Arbeiter darauf ein, dann sehen die Unternehmer hierin den "festen Willen der Arbeiter, den Achtfundentag endlich zu beiseite zu lassen." Mit Hilfe des Telegraphen wird die frohe Kunde in alle Welt posant. — Ein solcher Fall hat sich jüngst wieder ereignet. Die im Dienst der Stinnes-Lente stehende "Telegraphen-Union" brachte die Mitteilung: "Eine Betriebsabstimmung in der Karosseriefabrik „Hubertus“ in Rülps hat zur Einführung der neunstündigen Arbeitszeit geführt." Es erübrigt sich zu sagen, daß diese Mitteilung die Kunde durch die Unternehmerzeitungen und die bürgerliche Presse macht. Der angebliche Beschluß der Arbeiterchaft wird als eine Wendung zur Besserung bezeichnet und viele und gute Hoffnungen daran geknüpft. — An der ganzen Angelegenheit ist — wie die „Holzarbeiter-Zeitung“ schreibt — nur das eine wahr, nämlich, daß die Arbeiter dem Verlangen der Firma zugestimmt haben, vorübergehend täglich eine Ueberstunde zu leisten, natürlich gegen entsprechende Bezahlung. Nach Lage der Sache ist in diesem Falle gegen die Ueberstunden nichts einzuwenden. Die Ausschlichtung dieses Falles in der geschicktesten Weise lehrt aber, daß die Arbeiter mit ihrer Bereitwilligkeit zur Leistung von Ueberstunden sehr vorsichtig sein müssen. Die Unternehmer saugen aus jeder Blüte Honig. Der Jubel im Unter-

nehmerlager über einen neuen Steg gegen den Achtfundentag war verfrüht.

**Vor der Aussperrung der englischen Maschinenbauer.** Der Vorsitzende des Verbandes der Maschinenindustrie forderte Lloyd George dringend auf, die am Sonnabend drohende Aussperrung in der Maschinenindustrie zu verhindern. Es werde eine Million Gewerkschaftsmitglieder davon betroffen und die Arbeitslosigkeit noch stärker anwachsen. Auch eine ganze Reihe anderer Erwerbszweige würde durch die Aussperrung in Mitleidenschaft gezogen, so daß insgesamt 7-8 Millionen Menschen darunter zu leiden hätten.

**Die Leiche im Reiseloffer.** Bei der Kriminalstelle im Leipziger Hauptbahnhof wurde am Montag abend von Dienstmännern ein Reiseloff abgehoben, der ihnen zur Beförderung nach einem Auge übergeben worden war und in dem die Leiche eines gut gekleideten Mannes gefunden wurde. Dem Toten war der Kopf vom Rumpfe getrennt. Um einen Raubmord scheint es sich jedoch nicht zu handeln, da Wertgegenstände wie Geld und Uhr gefunden wurden. Der Ermordete scheint ein Pelzhändler mosaischen Glaubens zu sein. Die Tat kann nach den bisherigen Feststellungen schon vor zwei bis drei Tagen begangen worden sein. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei sind im Gange.

**Schweres Unglück bei einer Eisprengung.** Aus Liebau in Böhmen wird gemeldet: In dem Ort Josephstadt an der Elbe ereignete sich ein schweres Unglück durch Explosion von Handgranaten. Zur Befestigung der Eisstaung die sich auf der Elbe bildete und die Brücke gefährdete, versuchte das Militär das Eis durch Handgranaten zu sprengen. Es fand sich dazu eine große

Zuschauermenge ein, und plötzlich flog ein Bündel Handgranaten in die Luft. Ein Student, zwei Arbeiter und ein Knabe wurden getötet und zwei Personen schwer verletzt.

**Ein „Wärmerregen“ in Frankreich.** Bei einem Schneesturm in der Gegend von Tremenis fielen in großen Mengen Spinnen- und Würmer vom Himmel, deren Arten in Frankreich unbekannt sind. Sie bedeckten den Boden in einer Ausdehnung von mehreren hundert Metern. Nähere Angaben über diese merkwürdige Naturerscheinung fehlen, so daß es ratlos ist, erst die wissenschaftliche Erklärung abzuwarten.

**Was deutsche und was fremde Blätter kosten.** Auch die Bezugspreise der Auslandsblätter sind gewaltig gestiegen. So kosten englische Blätter wie Daily Express, Daily Mirror und Daily Chronicle nach deutschem Gelde etwa 500 Mk. vierteljährlich, was einen Einzelpreis von rund 5 Mk. bedeuten würde. Die Londoner Morning Post kostet rund 950 Mk. und der Preis der Times beläuft sich sogar auf fast 1500 Mk. für das Vierteljahr. Auch die holländischen Blätter warten jetzt mit stattlichen Zahlen auf. So muß man rund 100 Mk. aufwenden, um für ein Vierteljahr den Nieuwe Rotterdamse Courant durch den Briefträger zu erhalten, und das Nieuwe Handelsblad in Amsterdam berechnet seinen Beziehern etwa 900 Mk. für das Vierteljahr. In Stockholm kostet das wichtigste Blatt Svenska Dagbladet 326,18 Mark und das Aftonbladet 834,86 Mk. Schließlich haben sich auch die Bezugspreise für Auslandsblätter in deutscher Sprache allgemein verteuert. So kostet z. B. der Badener Anzeiger jetzt 365,99 Mark, der Berner Bund 510,06 Mk., das Prager Tageblatt, um auch ein Beispiel aus der Tschecho-Slowakei anzuführen, 175,69 Mark. Im Vergleich zu diesen Preisen müssen die Bezugskosten der deutschen Zeitungen als ziemlich billig bezeichnet werden. In der Tat bezahlt der Leser mit dem heutigen Bezugspreise deutscher Zeitungen kaum den Papierpreis.

**Aus aller Welt.**

**Notgeld.**  
Sämtliche von der Stadtkasse ausgegebenen Notgeldscheine zu 50 und 20 Mks. verlieren mit dem 15. März d. J. ihre Gültigkeit.  
Die Scheine werden noch bis zum 31. März d. J. bei der Stadtasse eingelöst. Nach diesem Tage findet eine Einlösung nicht mehr statt.  
L. u. b. e. t., den 8. März 1922.  
14085) Die Finanzbehörde.

Dienstag morgen 9 1/2 Uhr starb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unter lieber Vater, Schwiegervater und Großvater

**Christian Mirow**  
im 64. Lebensjahre. In tiefer Trauer:  
Elise Mirow Wws., geb. Krackow,  
Gottfried Mirow und Frau, geb. Präß,  
nebst Kindern.  
Paul Mirow und Frau, geb. Maass,  
nebst Kindern.  
Hans Alwerl und Frau, geb. Mirow,  
nebst Tochter.  
Karl Mirow, Emma Mirow, Ernst Schacht,  
Lübeck, Ernestinenstr. 14a, 9. März 1922.  
Beerdigung Sonnabend, 11. März 1922  
nachm. 8 1/2 Uhr, von der Kapelle des Vor-  
werker Friedhofes. (14098)

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.**  
Zentrale Lübeck.  
Am 6. März starb unter Kollegen  
**Christian Aue**  
Stadtgärtner.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, dem 10. März, nachmittags 8 Uhr auf dem Vorwerk Friedhof statt. (14107)  
Die Ortsverwaltung

Gesucht zu sofort oder 1. April ein nettes  
**Mädchen,**  
das melken kann. (14078)  
H. Frähmcke,  
Jvendorf b. Travemünde

**Reinmachefrauen**  
aushilfsweise sofort gesucht. (14088)  
**Konzerthaus Lübeck.**

**Süchtige ja, Morgenfrüh**  
von 7-9 Uhr gesucht.  
Markstraße 7 a,  
14087) Kontor.

Für unser Kaufmann-Bureau suchen wir zu Ötern  
**einen Lehrling.**  
Schriftliche Angebote mit Lebenslauf erbitten  
**Oilmann & Münemann**  
Fabrik (14072)  
für Zentralheizungen.  
Lübeck, Breite Str. 27.

**Maurergesellen**  
stellen ein (14090)  
**H. Wandke & Sohn**  
Geibelplatz 21.

**Klempner - Lehrling**  
gesucht. (14115)  
Gemeinnützige  
Arbeitsgenossenschaft Lübeck  
e. V. m. b. H., Mengstr. 28.  
Mitglied bevorzugt.

Ja, Mann sucht möbl. Zimmer zum 1. April (Möbe Kohnmarkt). Ang. unt. A 25 a. d. Exp. (14119)

Sech. muß. Tisch, Nachtr. Stühle zu verk. (14087)  
Charlottestr. 26, I. l.

n. Weinmaschine z. v. (14086) Elmstr. 8 a.

z. Gehehühn, 1 Hahn z. v. (14106) Str. Vogelkama 18a.

3 flotte D-Maskenreit. zu vermieten. (14079)  
Ludwigstraße 66 l.

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.**  
Zentrale Lübeck.  
Am 6. März starb unter Kollegen  
**Christian Aue**  
Stadtgärtner.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, dem 10. März, nachmittags 8 Uhr auf dem Vorwerk Friedhof statt. (14107)  
Die Ortsverwaltung

BACKIN PUDDING-PULVER MILCH-EIWEISS-PULVER VANILLIN-ZUCKER GUSTIN

**Dr. Oetker's Fabrikate**

sind Glanzleistungen küchenchemischer Er-rungenschaften u. werden von erfahrenen Haus-frauen als Perlen im Küchenschatz bezeichnet.

Die bekanntesten Marken sind:  
**Dr. Oetker's Backpulver „Backin“**  
**Dr. Oetker's Vanillin-Zucker**  
**Dr. Oetker's Pudding-Pulver**  
**Dr. Oetker's „Gustin“**  
**Dr. Oetker's Milcheiweiß-Pulver**  
**Dr. Oetker's Rote Grütze**  
**Dr. Oetker's Einmache-Hülfe**

u. v. w.  
**Dr. A. Oetker**  
Bielefeld.

**Fachausstellung**  
für Brunnen, Pumpenbau und allgemeine Wasserversorgung  
anlässlich des Verbandstages (14120)  
des Zentralverbandes selbständiger deutscher  
Brunnenbohrer, Bohrunternehmer u. Pumpenbauer  
vom 11. bis 16. Juni im „Konzerthaus Lübeck“.  
Meldungen möglichst bald beim 1. Vorsitzenden des Bezirksver-bandes von Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck, Bremen u. Umg.  
**C. Millewerth, Bad Schwartau bei Lübeck.**

**Auffallend preiswert**  
finden Sie bei mir noch

Handtücher, Sommerstoffe,  
Bettinlett, Damenschürzen,  
Bettbezugstoffe, Kinderschürzen,  
Hemdentuche, Damenwäsche,  
Stoufs, Strümpfe,  
Kleiderstoffe, Normalwäsche,  
in Wolle, Oberhemden.

**Anzug-, Kostüm- u. Mantelstoffe**  
in blau und farbig.

**Heinrich Beuck**  
Beuckestraße 25, (14105) Ecke Warendorferstraße.

**Echter Jamaica-Rum-Verschnitt.**  
Echt Pott-Rum-Verschn.,  
Arrak-V. Kognak Original.  
Genever 44 1/2 Half om Half,  
ff. Liköre.  
Preiswerte Auswahl.  
Schleswig-Holsteiner  
Kümmel . . . Fl. 28 Mk.  
Aqvavit 35 % Fl. 31 Mk.  
Aqvavit 40 % Fl. 34 Mk.  
**Ernst Voss**  
Gr. Burgstr. 59.  
Fernruf 410. (14117)

Ankauf zu höchsten Preisen von (14067)  
Alt-Gold, Silber,  
Platin, Dubie-sachen, alten Gebissen u. Brenn-säften.  
Streng reelle sach-gemäße Bedienung.  
Goldschmied  
**Tollgreve**  
92 Königstr. 92.  
Fernruf 8016.

**Freitag und Sonnabend**  
prima junges dickfettes  
**Rosfleisch**  
ff. ger. Mettwurst  
und Gefochte.  
Knackwurst  
**Fr. Kollmann**  
Reierstr. 8. (14114)

Alle  
**Arbeiter**  
kaufen gern und gut  
ihre Arbeitskleidung  
bei (14068)  
**Otto Albers**  
Markt 4 Kohl. 10

**Fleisch- u. Wurstwaren**  
wie bekannt gute Qual.  
offertiert (14082)  
Schlachterei und Wurstfabrik  
**O. Reining**  
Lübeck-Sockelsdorf,  
Telephon 1521.  
Kalbfleisch billig 10 u. 11 u.

**Geräuchert. Bücklinge**  
**Frische Norweger**  
**Heringe zum Kochen.**  
**Paul Lohmann,**  
14128) Hundestr. 95.

**Stodengieserstraße 61.**  
Biete die höchsten Tagespreise für  
**Stuppen, Eisen, sämtliche Metalle,**  
**Papier, Zinchen, Zelle, Haare usw.**  
Fr. Erdmann, Fernruf 2751. (14085)

**Rosfleischerei**  
**Marlesgrube 27**  
Freitag und Sonnabend  
**prima dickfettes**  
**junges Fleisch,**  
ff. Knackwurst, gel. Mettwurst, Leewurst,  
harte Geräucherte.  
14118) **A. Steinert.**

**Bronschleier,**  
Natur-Mentranze,  
Gold- und Silbertränze  
empfehl. (14081)  
**W. Simm,**  
Salauerstraße 16.

Für die  
**Konfirmation**  
kaufen Sie bei mir  
noch billig zu alten  
Preisen: (14076)  
Bismuthüte  
45,-, 75,-, 88,- u.  
Mützen, Herrenwäpche,  
Hofenträger, Krawatten,  
Soden, Taschenrührer.  
Spezialität: Stahlhüte.  
**Hut-Trost.**  
Lübeck, jetzt nur  
**Königsstraße 123**  
bei der Mühlenstr.

**Zur Mühle**  
**Beckergrube 61.**  
Weizenmehl 65 % 7.00  
Weizenmehl 85 % 8.00  
Roggenmehl 7.20  
Buchweizenmehl 7.00  
Säferklein 7.25  
Grober Ortes 6.50  
Mastkornmehl 7.50  
Brudreis 7.20  
Madeln 10.50  
Linsen 9.50

**haken-, hantel-,  
Ziegen-, Ant-, Reh-  
Felle,**  
sowie Füchse, Warden,  
Stiefel, Wiesel, Kagen  
usw., desgl. Pferde-,  
Fisch- u. Schweinschare  
kaufen zu allerhöchsten  
Tagespreisen  
**Wagner**  
Goltzstr. 8. S. 3114.

**Margarine 25 u.**  
Buttermilch 26.-  
Rindertalg 24.-  
Margarine 7.-  
**Conrad Mull,**  
51b. W. Beckmann,  
14110) Westergrube 33.

3. l. gef. Heimit. o. Sted-  
lungsb. Ang. m. Br. u.  
A 23 a. d. Exp. (14101)

Sportwaag z. kauf, gef.  
aut erhalten. (14108)  
Ang. u. A. 24 a. d. Exp. d. B.

Transp. Kachelofen oder  
weißer Kachelofen zu  
kaufen gesucht. Ang. unt.  
A 22 a. d. Exp. (14080)

Gute 1-2. Siege z. l. gl.  
(14061) Lützenstr. 181, r.

**Kalidüngesalz**  
ad Lager empfehl. (14122)  
**Th. Häveker,**  
Beim Retteich 5-11.

**Margarine 25 u.**  
Sirup 5.50  
Narmelade 7.-  
Kunsthonig 7.50  
Konserven 4, 3.-  
H. N. Seifenpulv. 3.50  
Schwammpulv. Pak. 5.-  
Perfil 7.-  
Vognermasse, Dos. 14.25  
Sauerkohl 2.60  
Salzgurken 1- u. 1.50  
**Eduard Speck,**  
Süßstr. 80-84. (14083)

**Achtung,  
Sparklubs!**  
**Sparkassen-  
Bücher**  
in übersichtlicher Auf-  
machung von äng in der  
Buchhandlung  
**Friedr. Meyer & Co.,**  
Johannisstr. 46.

**Die  
Waisen  
Jubel**  
Brt. 1.50.  
Buchhandlung  
**Fr. Meyer & Co.,**  
Johannisstraße 46.

**Bekleidung**  
Törber & Goßmann  
Feine Maßschneiderei.  
Fernruf 2119.  
Mühlenstraße 32.

**J. H. Pein** Markt 10/12.  
Breite Straße 64/68.  
Beste Bezugsquelle für Manufakturwaren, Betten,  
Bettledern, Herren- und Knaben-Garderobe,  
Arbeits- und Berufskleidung.

**Arbeiter!** Arbeitshosen, Kojen, Herren-  
u. Jünger-Anzüge kauft man  
am besten bei **O. Peter**, Glockengießerstr. 81.

**F. A. Müller** Leinen - Wäsche  
Bettens  
Braut- und Kinder-Ausstattungen.

**Heinrich Waller** Breite  
Straße 60  
Herrenartikel, Wäsche, Krawatten, Handschuhe,  
Hüte.

**Ernst Wehde** Herrenartikel.  
Beckergrube 33.

**Hut-Richter** Breite Straße 20.  
Hützstraße 44.  
Fernruf 8449. Größte Auswahl. Billigste Preise.



Reserviert für  
**Franzen & Co.,** Holstenstr. 21.  
Herrenartikel.

**J. H. Evers** Tuchhandlung.  
Beste Bezugsquelle  
für Tuche, Anzugstoffe, Paletot- u. Hosenstoffe.  
Lieferung auch durch sämtliche Schneider-  
meister.

**Berta Döhrmann Nchf.**  
Holstenstraße 13/15.  
Spezialhaus für Putz und Modewaren.

**Emma Rösch** Johannsstraße 1, I.  
Sämtliche Neuheiten in Hüten der Frühjahrs-  
saison sind eingetroffen.

**D. Wagner** Damen- u. Kinderputz  
Holstenstraße 8.

**Carl Ritter** gegründet 1801.  
Spezialhaus f. Besatz-  
artikel. Fernruf 8873. Breite Straße 26.

**Handarbeiten** modern, geschmackvoll  
und preiswert kaufen Sie im Handarbeitsgeschäft  
Hitz, Fernruf 8883. Obere Wahnstraße 1.

**Richard Haase** Breite  
Straße 37.  
Fernruf 2200. Pelzwaren.

**Gebr. Hirschfeld** Breite Str. 39/41  
Telephon 106.  
Modehaus für Damen- und Kinderkonfektion.

**struve & Baumeister**  
Damenkonfektion und Kleiderstoffe, Manufaktur-  
waren. Breite Straße 33.

**August Haerder & Co.**  
Lübeck. Damen- und Herren-Bekleidung.  
Seiden- und Kleiderstoffe. Baumwollwaren.

**Joh. Holst Inh. A. Lüders**  
Hützstraße 55. Manufaktur- und Kurzwaren.

**Karl Zegelin** Johannsstraße 11.  
Unterzeuge u. Strumpf-  
waren. Knabenanzüge usw.

**Friedrich Renner**, Hützstraße 45. Fernr. 2962.  
Feine Herren- u. Knabenkleider. Lager in- und  
ausländischer Stoffe.

**W. Ramms** Johannsstraße 16.  
Korsetts jeder Art.  
**C. G. Torkuhl** Fünfhäuser 12. Wäsche-  
anzustener. Herr.-Artikel.  
**Favorit**, Johanns-  
straße 7, Inh. A. Klaus.  
Schneider-Reinigungs-, Farb-  
Herren- u. Arb.-Artikel.  
**Karl Frosch**, Aegidienstr. 63. An- u. Ver-  
kauf Kleiderstoffe, Fuß-  
wäsche und Bettzeug.

**Travemünde**

**J. U. Kröger** Gegr. 1782.  
Fernruf 1.  
Travemünde, Torstraße 1. Kolonialwaren, Brenn-  
materialien.

**J. Rickman, Travemünde**  
Fernruf 119. Angerstraße 69/71.  
Kolonialwaren, Brennmaterialien.

# Geschäftliche Rundschau und Zeitungs-Dauer-Fahrplan

**Möbel und  
Dekoration**  
F. Kloetzer,  
Königsstraße 65/67.  
Möbel u. Dekorationen.

**Boldts Möbellager**  
Herren-, Speise-, Schlafzimmer und Küchen-  
einrichtungen. Fischergrube 25/27.

Reserviert für  
**Johann Pamperin**

**Lübecker Stahlfeder-  
Matratzen-Fabrik** Inh.  
Carl Mühlke jr.  
Fernruf 3282. Hundestraße 54.

**Carl Folkers** Wohnungs-  
Ausstattungs-geschäft.  
Marlesgrube 28/25 und 28/32. Fernruf 2734.

**Matratzenhaus Reinecke**  
Beckergrube 22.

**Karl A. F. Westphal**  
Spezialgeschäft für Teppiche, Gardinen, Möbel-  
stoffe usw. Untertrave 114/15, I., Ecke Holstenstr.

**Ludwig Möller** Mühlen-  
straße 45.  
Kunsthandlung, Kunstausstellung, Rahmenfabrik.

**Gebrüder Heick**  
Lübeck, Sandstr. 7. Fernsprecher 851. Gegr. 1876.  
Tapeten- und Teppichgeschäft. Spezialhaus für  
Innendekoration.

**Rehm,** Beckergrube  
18.

**Friedr. Matz** Inh. Paul  
Engelbrecht.  
Tapeten- und Teppich-Lager. Innendekoration.  
Lübeck, Breite Straße 14. Fernsprecher 9076.  
Gegründet 1808.

**Eugen Zangerl Tapetenlager**  
Breite Straße 58, I.

## Lübeck-Büchener-Eisenbahn- Gesellschaft

Hamburg		Büchen		Eutin		Travemünde	
Lübeck ab	Hamburg ab	Lübeck ab	Büchen ab	Lübeck ab	Eutin ab	Lübeck ab	Travemünde ab
6:00	7:45	8:00	9:15	7:15	8:12	5:22	6:01
7:47	9:21	1:30	2:47	9:47	10:45	8:15	9:00
2-4 St.	2-4 St.	4:15	5:30	12:15	1:09	9:42	10:19
9:30	10:50	5:30	6:42	1:42	2:25	10:07	10:47
11:08	12:25	6:52	8:02	2:00	2:56	10:45	11:22
2-4 St.	2-4 St.	9:12	10:34	2:21	3:08	11:22	12:00
1:25	2:55	10:17	11:54	2:58	3:45	12:00	12:38
3:44	5:02	11:22	13:00	3:21	4:08	12:38	13:15
2-4 St.	2-4 St.	12:22	1:56	3:45	4:32	13:15	13:52
4:17	5:35	1:22	2:56	4:08	4:55	13:52	14:29
2-4 St.	2-4 St.	2:12	3:46	4:32	5:19	14:29	15:06
7:10	8:28	3:12	4:46	5:00	5:47	15:06	15:43
7:28	8:46	3:30	5:04	5:18	6:05	15:43	16:20
8:10	9:28	3:48	5:22	5:36	6:23	16:20	16:57
9:05	10:23	4:06	5:40	5:54	6:41	16:57	17:34
9:20	11:02	4:24	6:00	6:12	6:59	17:34	18:11
2-4 St.	2-4 St.	4:42	6:18	6:30	7:17	18:11	18:48

## Wullbrandt & Co., G. m. b. H.

Rosengarten 10. Kanalstraße 3/5. Fernruf 8437. Kohlen, Koks, Briquets.

**Erich Schauer**, Königs-  
str. 45. Emaille-, Alum-  
Haus- u. Küchengeräte.

**Stempel-Weichert**,  
Burgwitz Nachf., Becker-  
grube 15.

**Haare und Felle**  
kauft Hartengrube 5  
R. Lissauer

**Hans Köster** Ing.-Büro.  
Elektr. Licht- u. Kraftanlagen. Beleuchtungskörper.

**Zeichen-Artikel** Technik.  
Seyler u. Liebig, Beckergrube 3.

**Neumann & Erdmann**, Spezialhaus  
für Schreib- u. sonstige Bureaumaschinen.  
Fernruf 1570. Breite Straße 53, I.

**H. Mecklenburg & Co.**  
Fernruf 99 und 293. Mengstraße 52.  
Pack- und Pergamentpapier.

**Joh. Möller** Orthopädisches Maß-  
geschäft.  
Fernruf 1852. St. Amenstraße 19.

**Dr. med. H. Wollermann & Ge.**  
Bruchbänder, Leibbinden, sämtliche Artikel zur  
Krankenpflege. Fernruf 8225. Beckergrube 2.

**Heinrich Pagels** Breite Str.  
91/93.  
Hützstr. 6/16. Für Städler: Oesen, Herde, Wasch-  
kessel, Toiletten, Badewannen. Wand- und Fuß-  
bodenplatten.

**J. F. B. Grube** Am Markt u.  
Kohlmarkt 5.  
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte.

**Ernst Boie**, Kanalstraße 24.  
Versicherungen aller Art.

**Otto Longuet** Übernahme v.  
Fahrleistungen  
jeder Art. Fernruf 6814. Dankwardstraße 19/15.

**Fritz Derlien** Hützstraße 107.  
Samen- u. Futterhandlg.

**Blumen** -Krause. Fernruf 1480.  
Beckergrube 8.

**Ernst Haukohl** Mühlenstraße 49.  
Glas, Porzellan, Hausstandssachen. Braune iriden-  
te Waren.

**Deecke & Boldemann**  
Wahnstraße 18. Versicherungen aller Art.

**Ludwig Malzahn** Haus-  
und Hypothekmakler.

**Lübecker Badeanstalt**  
Fernruf 1243. Hützstraße 130. Elektr. u. sämtl.  
medizinische Bäder. Römische von 3 bis 6 Uhr.  
Dienstag und Freitag für Damen.

**Heinrich Bade** Vertreter von Diamant-,  
Presto- u. Mars-Fahrrädern. Reparaturen. Fahr-  
rad- u. Nähmaschinenhandlung. Mühlenbrücke 2a.

**B. Glogner & Co.** Kanal-  
str. 32/34.  
Eisen, Stahl, Schrot, Metalle.

**Selig L. Cohn** Fernruf 2153.  
Wahnstr. 62.  
Rohtprodukte, Eisen, Metalle.

**F. Erdmann** Glockengießerstr. 61. F. 2751.  
Ankauf von Rohprodukten, Eisen, Metallen, Aktien,  
Geschäftsbüchern zum Einstampfen.

**Hermann Richelsen**  
Lübeck, Sandstraße 16. Aussteuer- u. Magazin für  
Haus und Küche, Glas, Porzellan, Luxuswaren.

**Friedrich Michael** Samenhandlung  
Breite Straße 53.

**Grabmäler** billigst. Ludwig Bruhn,  
Granit- und Marmorwerk.

**L. Ruhland** Lübecker Kunststeinwerke.  
Grabmäler, Bauartikel. Falkenstraße.

## Banken u. Industrie

**Bankhaus Fritz Kiemstedt**  
Kommandit-Gesellschaft, Lübeck, Holstenstraße 6.  
Fernsprecher 8173, 983. Telegr.-Adr.: Nordbank.  
Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Ham-  
burg 82658. Erledigung sämtlicher Bankgeschäfte.

**Louis Wolff, Komm.-Ges.**  
Bank.

**Alfons Frank & Co.**  
Bank.

**Vorschuss- und Spar-Vereins-  
Bank in Lübeck** Fleischhauerstr. 17-19,  
Ecke Königstraße. Depositen 4% bei 6 mon  
Kündigung.

Reserviert für  
**Lubeca-Werke**

**Vereinsbrauerei Walkmühle**  
H. Lück. Fernruf 284. Lagerbier, Pilsner, Porter.

B. Löt., Bohr-, Leim, usw  
verw. m. d. Blechp. „Hansa“

**Zigarren und  
Tabak**  
A. Röhrlich Holstenstr. 2,  
Ecke Schüsselb. Zigarren,  
Zigaretten, Tabak. F. 274.

**Lübecker Kautabak**  
von Chr. Floto. Zu haben in allen ein-  
schlagigen Geschäften.

**Wieghorst & Jasper**  
Zigarren- und Tabak-  
Handlung.

**Hermann Wieghorst** Am Markt,  
Ecke Weiter  
Krambuden. Zigarren, Zigaretten, Tabake.

**Karl Jensen** Zigarren-Spezialhaus.  
An der Mauer 34,  
Ecke Hützstraße.

**Heinrich Kähler** Dornestraße 6  
Tabak, Zigarren und Kolonialwaren

**Installation-mech. Werkstätten**

**Ernst Püstow** Elektrische Anlagen.  
F. 8589. Mühlenstr. 71.

**Carl Jense** Elektromechanische Werk-  
statt. Hützstr., Ecke König-  
straße. Musikwaren. Eigene Zahnräderfabrik.

Neu versilb. v. alte Metallgegenst. bei Gegenzahlg.  
v. allem Silber. **Joach. Fokuhl**, Mühlenstr. 77.

**Franz Weitzer** Klempnerei, Installation, Packenb.  
Allee 48. Beleuchtungsk., Hausstandss. F. 2808.

**Geertz Hotel** am Riesbusch.  
Jed. Sonntag Konzert.

**Uhren, Goldwaren** große  
preiswerte Auswahl. Trauringe. Eigene Reparatur-  
werkstatt. **Brüggemann**, Schwartau, Markt 18.

**Ernst Blöcker** am Markt. Kolonial-  
u. Eisenwaren, Haus-  
standartikel und Porzellan.

**Fahrzeuge u. Nähmaschinen**  
G. m. b. H. Eutiner Straße 1.

**Meierei Eitel** Meiereiprodukte.  
F. 2144. Schulstr. 1.

**Bäckerei u. Konditorei**  
Heinrich Rau, Kücknitz.

**Karl Schumann**, Malermeister, Kücknitz.  
Ausführ. sämtl. Malerarbeiten, einfach u. bess. Art.

**Gasthof „Stadt Lübeck“**  
Inh.: Ernst Faase, Kücknitz.

**Kaufhaus Max Kankel**  
Schlutup.

**Willi Richter**, Schlutup, Lübecker Str. 19.  
Uhren. Reparaturwerkstätte.

**Bäckerei und Konditorei Herm. Haase**  
Schlutup, Lübecker Straße 46.

**Otto Liebenow** Schlutup, Uhr- u. Goldw.  
Zigarren, Zigaretten, Tabak. Farben, Kolonialwaren.

**Heinrich Thielbahr**  
Schlutup. Drogen,  
Farben, Kolonialwaren.